

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł.
monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,00 Zł. Bei
Postbezug vierteljährlich 16,00 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 7 Zł.
Danzig 8 Zł., Deutschland 25 R.M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonnenschein 30 Gr.
Bei höherem Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonnenzeile 30 Groschen, die 90 mm
breite Kolonnenzeile 150 Groschen. Danzig 20 bis 100 Dg. Bei
Deutschland 20 bzw. 100 Goldsch., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plag-
vorstellung und schwerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbildung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Ercheimen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 17.

Bromberg, Sonntagabend den 22. Januar 1927.

51. Jahrg.

Was fordert der Landwirt in Polen?

Rede des Senators Dr. Georg Busse-Tupadly, Vorsitzenden der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft,
gehalten auf deren Generalversammlung am 20. Januar 1927 in Posen.

Wieder haben wir uns heute zur Generalversammlung der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft versammelt, und wieder liegt hinter uns in weissen Schuhen alles, was sich im letzten Jahre ereignet hat, was wir im letzten Jahre miterlebt haben. Aber wenn wir uns heute bemühen, das Fazit aus allen Geschehnissen zu ziehen, so sehen wir zwar mit rückblickendem Auge eine Fülle von Ereignissen auf politischem Gebiet, die anfangs bisweilen den Anschein erweckten, als wenn in Polen anders regiert werden sollte als bisher — aber auf dem Gebiete, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben, auf dem wirtschaftlichen Gebiet, fällt die Ausbeute negativ aus. Nirgends sehen wir ernstliche Anläufe zu einer neuen Wirtschaftspolitik, Anläufe zu einer anders gerichteten Zollpolitik oder zu neuen Richtlinien auf dem Gebiete des Steuerwesens. Aber trotzdem dürfte es nicht ohne Interesse sein, die allgemeine wirtschaftliche Lage und dann speziell die Lage der Landwirtschaft zu prüfen und zugleich eine Untersuchung darüber anzustellen, wo der Hebel angegriffen werden müßte, um eine Besserung der heutigen schwierigen Situation herbeizuführen.

Für die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eines Landes ist

die Stabilität seiner Währung

von ausschlaggebender Bedeutung. Wir Bürger des polnischen Staates wissen das aus eigener Erfahrung am besten. Uns ist allen noch die Inflationsperiode zur Zeit der letzten polnischen Mark in böser Erinnerung, und ebenso stehen uns in wenig angenehmem Gedächtnis die Schwankungen, in die der eben erst neu geschaffene Zloty geraten war. Nun ist allerdings der Zloty seit einigen Monaten stabil geblieben, in einem ungefähren Verhältnis von einem Zloty zu einem Dollar. Aber trotzdem hat der Herr Finanzminister Cieszkowski zweifellos recht, wenn er kürzlich vor einem übertriebenen Optimismus gewarnt hat. Und in der Tat sind einige schwache Punkte vorhanden, die zur Vorsicht mahnen. Bisher hat in erster Linie zur Stabilhaltung der Währung der Devisenauflauf beigetragen, den die starke Kohlenausfuhr in das Land gebracht hat. Aber es handelte sich dabei doch nur um einen

Konjunkturgewinn,

der seinen Ursprung in dem englischen Kohlenstreik hatte. Die Kohlenproduktion in England macht $\frac{1}{4}$ der gesamten Weltproduktion aus. Ein Stilllegen dieser Produktion für die Dauer von fast $\frac{1}{2}$ Jahre mußte notwendigerweise allen kohlenproduzierenden Ländern gewaltige Vorteile bringen. So hat auch Polen im letzten Halbjahr große Erfolge buchen können, ohne daß man behaupten kann, daß das Wirtschaftsleben einen dauernden Nutzen haben wird. Zwar wird die Kohlenausfuhr auch noch einige Zeit anhalten, bis die erschöpften Vorräte in der Welt wieder aufgefüllt sind. Aber dann wird der polnische Kohlenexport, der schon jetzt nachläßt, in eine schwere Krise geraten. Denn England hat, wie seine Finanzminister erklärt haben, die feste Absicht, seinen alten Absatzmarkt wieder zu gewinnen und jede unliebsame Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Wer den unbegrenzten Willen, die rückwärts-lose Energie, den großen Geschäftssinn der Engländer kennt — jene Eigenschaften, die ihnen seit Jahrhunderten eine überragende Stellung in der Welt verschafft haben, — dem wird ohne weiteres klar sein, wie schwer die Lage der polnischen Kohlenexportindustrie schon in nächster Zeit werden muß. Dann werden auch die Devisen ausbleiben, die bisher die Aktivseite der Handelsbilanz gestützt haben.

Ein weiteres Moment, das unsere Handelsbilanz ungünstig beeinflussen muß, ist

die schlechte Ernte.

Während es im vorigen Wirtschaftsjahr möglich war, nach einer guten Ernte große Mengen Getreide zu exportieren, haben wir in dem laufenden Jahr eine ausgesprochen schwache Körner- und Kartoffelernte, von der wir noch nicht wissen, ob sie zur Ernährung des eigenen Landes ausreichen wird. Es ist nicht übertrieben, wenn man den Ausfall an Äckern und Kartoffeln auf 30–35 Prozent im Vergleich zur vorigen normalen Ernte schätzt, und es ist nur zu bedauern, daß die maßgebenden Stellen die Bevölkerung nicht rechtzeitig über die wirkliche Lage aufklären haben. Es hat doch keinen Zweck, alles in rosenrotem Scheine zu malen, wenn der Kater nachher doch folgen muß. Überaus bedenklich für die Handelsbilanz wäre es, wenn Getreide eingeführt werden müßte. Die Ernte in Amerika und Australien ist größer als im Vorjahre. Die Farmer haben nicht so gehandelt, wie die Kohlenarbeiter in England; sie haben den anderen ackerbaureichenden Ländern nicht den Gefallen getan, zu freizehen, sondern ihre Ernte gesichert und werden sich bemühen, ihren Überschuss unter allen Umständen in dem verjüngungsbedürftigen Europa unterzubringen.

Soll unsere Währung für die Dauer stabilisiert werden, so ist unbedingt

eine ausländische Anleihe

notwendig. Die Höhe dieser Anleihe wird von sachverständiger Seite auf eine Milliarde Gold-Zloty veranschlagt. Die Anleihe müßte einerseits dazu verwendet werden, um die Notenbank mit der erforderlichen Menge von Edelwerta zu versehen, die eine Garantie für die Landeswährung bedeuten würde, andererseits um die heimische Produktion zu beleben und zu heben. So, wie die Verhältnisse heute liegen, ist wegen Geldmangel im Lande eine

gesunde Entwicklung des Wirtschaftslebens nicht möglich. Zurzeit beträgt der Geldumlauf im Lande einschließlich des ungedruckten Hilfskassens etwas über eine Milliarde, also etwa 600 Millionen Gold-Zloty. Vor dem Kriege waren aber in den Grenzen des jetzigen polnischen Reiches 2½ Milliarden Goldfrank im Umlauf. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen beweist am besten, wie arm das Land ist; sie gibt aber auch die Erklärung dafür, warum der Kapitalmarkt so schwach ist, warum die Einfüsse so hoch sind und warum die Produktion so teuer ist.

Sollte bereits in nächster Zeit, wie der Herr stellvertretende Ministerpräsident Bartel erklärt hat, die Hoffnung auf eine Auslandsanleihe in Erfüllung gehen, so wird bestimmt ein heftiger Streit der Meinungen entstehen, wie sie verwendet werden soll. Sicher hat Herr Bartel recht, wenn er erklärt hat, daß die Anleihe produktiv verwendet werden muß. Denn, so erklärte er humoristisch, jemand, der zerrissene Stiefel trägt, kauft sich nicht einen Zylinder und französisches Parfum. Siernach kann man erwarten, daß die Regierung das Geld nicht zum Ankauf von ausländischen Konsumartikeln wird herausgeben lassen; denn dann wäre es endgültig verloren. Man kann wohl auch weiter annehmen, daß das Geld nicht, wie in der Budgetkommission vorgeschlagen wurde, für den Neubau von Schulen auszugeben werden wird. Maßgebend kann allein der Gesichtspunkt sein, daß die Anleihe dem Wirtschaftsleben zugute kommen. Inwiefern die Mittel der Industrie zugeführt werden sollen, kann ich von meinem Standpunkt als Landwirt schwer entscheiden. Jedenfalls ist sicher, daß alle Bestrebungen zur Verbesserung der Fabriken wie auch zur Rationalisierung der Erzeugung schwere Krisen im Wirtschaftsleben mit sich bringen. Wir haben das erst vor kurzem in Deutschland gesehen, wo die sogenannte „Wirtschaftskammer“ ein Anzeichen der Arbeitslosigkeit von 500 000 auf etwa 2 000 000 zur Folge gehabt hat. Günstiger beurteilen müßte man jedoch die Gewährung von Finanzkrediten an die Industrie, die von den gegenwärtigen hohen Zinssätzen ebenso betroffen wird wie alle anderen Berufsstände.

Am sichersten und vorteilhaftesten würden aber die Anleihegelder verwendet werden, wenn sie

in erster Linie der Landwirtschaft

zugewendet würden. Polen ist nun einmal ein Agrarstaat, aber ein Agrarstaat, in dem die Vorbedingungen für eine landwirtschaftliche Produktion noch nicht vorhanden sind. Ich will nicht in Abrede stellen, daß in den ehemals preussischen Landesteilen sehr viel geschehen ist in bezug auf Regulierung der Flüsse, Meliorationen, Drainagen, Ausbau des Eisenbahnnetzes, Ausbau von Chausseen und Pflasterstraßen. Aber diese Gebiete bedeuten nur einen kleinen Teil des polnischen Staates. Das übrige Polen: Kongreßpolen, Galizien und die Dischibiete dagegen sind in dieser Beziehung so im Rückstande, daß durch Meliorationen und Verkehrsstraßen überhaupt erst die Voraussetzungen für eine vorwärtsstrebende Landwirtschaft geschaffen werden müssen. An Arbeitskräften zur Durchführung dieser Arbeiten ist im Lande wahrlich kein Mangel. Vor allem wäre es möglich, die Arbeitslosen zu beschäftigen, die durch die Zahlung der Unterführungen ohne Verpflichtung zu Gegenleistungen allmählich demoralisiert und dem Kommunismus in die Arme getrieben werden. Nun hat allerdings der Finanzminister neulich nicht mit Unrecht erklärt, daß alle Aufwendungen zur Förderung der Landwirtschaft nur langsam zur Wirkung kommen. Aber dem muß man doch entgegenhalten, daß es sich um eine Geldanlage handelt, die eine dauernde sichere Rente garantiert. Auf keinem Gebiete des Wirtschaftslebens kann in kurzer Zeit alles Schlechte ins Gute verwandelt werden; man kann nicht in kürzester Frist ein blühendes Wirtschaftsleben hervorzubringen.

Ich kann das Thema unserer Währung nicht verlassen, ohne kurz den

Staatshaushalt

berührt zu haben. Denn wenn der Staat zuviel Geld ausgibt, ist er gezwungen, zu drucken, und die Inflation ist wieder da. Der Voranschlag für 1927 balanciert mit einer Summe von nicht ganz 2 Milliarden, also mit einer Summe, die, wenn sie auf Gold umgerechnet wird, ungefähr der Summe entspricht, die der englische Sachverständige Hilton Young als normal für den polnischen Staat bezeichnet hat. Aber das Bedenkliche ist, daß der Etat, der auf dem heutigen Papierzloty basiert, bei einer Gegenüberstellung mit dem zum erstenmal auf Gold-Zloty lautenden Etat die Fiktion erweckt, daß es sich um einen Gold- oder Silbertat handelt. Das ist insofern bedenklich, als viele Ausgaben, die im Etat vorgesehend sind, unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Dauer nicht mit dem Papier-Zloty beglichen werden können. Ich denke dabei in erster Linie an die Ausgaben für das Militär und die Beamten. Im letzten Jahre sind die Kosten der Lebenshaltung dauernd im Steigen begriffen gewesen und sind es heute noch, da sich die Preise allmählich in der Richtung der Goldparität des Zloty bewegen. M. E. ist das ein vollkommen natürlicher Vorgang. Denn wir leben nicht auf einer einsamen Insel, sondern stehen mitten im Weltverkehr, der mit uns Waren austauscht und den Kurs des Zloty an den Börsen notiert. Wenn sich die Beamten bisher mit den niedrigen Gehältern, die der Kaufkraft des Zloty entsprechen, wie sie vor einem Jahr war, zufrieden gegeben haben, so ist das einerseits ein Zeichen von einer großen Fähigkeit, sich einzuschränken, von einem großen Entschlagsvermögen, anderer-

Der Stand des Zloty am 21. Januar:

In Danzig für 100 Zloty 57,30
In Berlin für 100 Zloty 46,48
beide Notierungen vorbörslich
Bank Politi: 1 Dollar = 8,95
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,99.

seits von einer bewundernswerten Rücksichtnahme auf die schwierige Finanzlage des Staates. Aber schließlich hat alles seine Grenzen. Es ist auf die Dauer unmöglich, den Beamtenstand, der so wichtige Aufgaben im staatlichen Leben zu erfüllen hat, auf die Stufe von Proletariern herunterzuziehen. Bisher hat man den Beamten eine zehnprozentige Zulage gewährt, bei der sich eigentlich jeder klar sein muß, daß das nicht annähernd reicht.

Wenn ich nun das Fazit in bezug auf die für unser Wirtschaftsleben so wichtige Währungsfrage ziehe, so komme ich zu dem Schluss, daß die Situation heute ungefähr dieselbe ist wie vor einem Jahre. Die Krise, die schon damals dem Zloty drohte, ist durch ein Zufallsereignis, den englischen Kohlenstreik, vertagt, aber nicht aus der Welt geschafft. Aus eigener Kraft eine Stabilisierung durchzuführen, ist Polen nicht in der Lage. Mehr wie je ist eine ausländische Anleihe nötig. Ein kleiner Zuschuß von ca. 20 Millionen Dollar für die Bank Politi würde allerdings genügen, um den Zloty in der jetzigen Höhe einige Monate zu halten. Aber nur eine große Anleihe würde die Möglichkeit zu einer großen und kraftvollen Entwicklung der Wirtschaft geben.

Ich verlasse das Kapitel der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Landes und wende mich zu einer

speziellen Betrachtung der Landwirtschaft

Immer noch ist der Streit der Geister im öffentlichen Leben, in den Parlamenten oder den Zeitungen nicht zu einem Ergebnis gekommen, wie sich in Zukunft die Wirtschaftspolitik in Polen einstellen soll. Immer noch ist ein überwiegendes Interesse für die Industrie wahrzunehmen, und immer noch hofft man von ihr allein eine Besserung der Wirtschaftslage. Dabei sieht jeder, wie die Verarmung der gesamten Bevölkerung immer weiter fortschreitet. Und doch ist der Stein der Weisen so leicht zu finden. Man soll nicht in die Ferne schweifen, wo das Gute so nahe liegt. Allein die Landwirtschaft ist es, die dem Lande geben kann, was ihm fehlt. Um jedoch das leisten zu können, was man von ihr erwartet, muß sie einerseits von den Fesseln befreit werden, die ihr angehängt sind, andererseits müssen ihr neue Lebensbedingungen gewährt werden, deren sie zu ihrer kraftvollen Entwicklung bedarf.

Wenn ich zuerst die negative Seite, die Fesseln erörtern darf, so denke ich zunächst an

die Agrarreform.

Ich glaube nicht, daß es jemanden unter uns gibt, der ein Gegner einer richtig verstandenen Agrarreform ist. Es steht außer Frage, daß die Schaffung eines gesunden, leistungsfähigen Bauernstandes eine hohe staatliche Aufgabe ist. Denn der Bauernstand ist der Jungbrunnen, aus dem die Volkskraft entspringt und der neue Ströme gefunden, unverbrauchtes Blut in die vom Saug der Gräfte entnervten Städte entsenden kann. Aber so wie man in Polen die Agrarreform anfassen will, ergibt sich ein Zerrbild. Der einen Seite, dem größeren Besitz, will man im Zwangswege Land wegnehmen, ohne den Gegenwert zu erlangen, auf der anderen Seite will man dieses Land an Pflanzanten verteilen, denen der Staat nicht in der Lage ist, die nötigen Mittel zum Aufbau von Gebäuden und zur Anschaffung von totem und lebendem Inventar zur Verfügung zu stellen. Es muß immer aufs Neue wiederholt werden, daß ohne gewaltige Subventionen des Staates die Durchführung der beabsichtigten ungeheueren Bodenumschichtung undurchführbar ist. Diese ungeheueren Summen zur Verfügung zu stellen, ist der Staat nicht in der Lage. Dies wissen auch sehr wohl alle, die die Gesetzesbestimmungen genauer kennen. Wenn man mit Abgeordneten, die an dem Gesetz mitgearbeitet haben, unter vier Augen spricht, so geben sie ohne weiteres zu, daß das Gesetz über die Agrarreform etwas Unrealistisches vorstellt. Aber in der Öffentlichkeit wagten sie sich mit diesen Ansichten nicht heraus; sie überlassen das Feld den berufsmäßigen Agitatoren, die innerhalb der urteilslosen Masse ein kräftiges Feuer anschüren, an dem sie dann ihre armselige Parteiluppe kochen. Es ist leider nicht zu erwarten, daß sich in den Parlamenten jemand findet, der mit Erfolg gegen die Agrarreform in ihrer gegenwärtigen Form ankämpft. Es liegt ja

im Wesen des Parlamentarismus,

daß für alle verhängnisvollen Maßnahmen zwar alle verantwortlich sind, aber letzten Endes doch keiner. Deshalb sollte die Staatsregierung selbst die Initiative ergreifen. Sie sollte sich ein Beispiel an Mussolini nehmen, dem aufrichtigsten und energischsten Staatsmann der Gegenwart. Ich will damit nicht sagen, daß der Faschismus sich für jeden Staat eignet; ich kann auch nicht in die Zukunft sehen

und voraussetzen, wie das Schicksal des italienischen Futurismus sich gestalten wird. Aber das ist sicher, daß in der Geschichte jeder aufrichtige, energiegelasse, energische Staatsmann sich einen ehrenvollen Platz sichert, während die Pzistifer, die den Mantel nur nach dem Winde tragen, und der Volksgunst schmeicheln, letzten Endes der Verachtung und Väterlichkeit anheimfallen. Wie sich aber auch das Schicksal der Agrarreform gestalten mag, ihre Gefahren sollen uns in unserem Arbeitswillen nicht aufhalten. Wir wollen auch weiterhin in unsere Pflichten in Bezug auf die Volksernährung erfüllen und den Nachweis erbringen, daß wir wohl imstande sind, unsere Scholle musterhaft zu bewirtschaften. Wir können aber diese Aufgabe nur lösen, wenn wir der Mutter Erde Liebe und Treue entgegenbringen. Denn: „Hier sind die starken Wurzeln unserer Kraft.“

Als weitere schwere Fessel muß ich

Die unmögliche Vermögenssteuer

bezeichnen. Dieses Thema ist insofern wieder aktuell, als die Absicht besteht, im laufenden Jahre 90 Millionen auf diesem Wege einzuziehen. Bedenkt man, daß im ganzen Lande 700 Millionen an Steuern rückständig sind, so weiß ich beim besten Willen nicht, wie man diese Steuer eintreiben will. Bei der definitiven Berechnung der Vermögenssteuereinnahmen haben sich ganz ungeheuerliche, ganz unmögliche Summen ergeben, für die nur als Erklärung gelten kann, daß man sich bei Festsetzung des aufzubringenden Kontingents in einem völligen Irrtum über die Höhe des Nationalvermögens befunden hat. Die Regierung hat diesen Fehler längst eingesehen und hat inzwischen ein brauchbares Projekt für eine Neuordnung der Vermögenssteuer ausgearbeitet. Der Wunsch aller Erwerbstätigen geht dahin, daß dieses Projekt bald eingebracht und mit den der Regierung zustehenden Machtmitteln bei den gesetzgebenden Körperschaften durchgedrückt wird. Eine Neuordnung ist schon deshalb notwendig, weil die heutigen Steuerfesseln sich immer noch auf den Vermögensstand vom 1. Juli 1923 stützen. Seit dieser Zeit haben sich aber gewaltige Veränderungen in den Vermögensverhältnissen der Staatsbürger vollzogen.

Als weitere schwere Fessel betrachte ich

Die hohen sozialen Lasten,

die bei uns fast erdrückend sind, während sie in Kontrast nur in geringem Maße treffen. Es liegt mir selbstverständlich vollkommen fern, die sozialen Lasten gänzlich abzulehnen. Wir sind seit langem gewohnt, Beiträge auf Grund der sozialen Gefüge zu zahlen, und wir wissen, daß im Kriege Veränderungen im menschlichen Denken und Fühlen vor sich gegangen sind, die noch mehr als früher den sozialen Gedanken betonen. Man mag das preisen oder beklagen, es ist einmal so und läßt sich nicht wegzuredigieren. Was wir aber verlangen müssen, ist eine völlige Umarbeitung der Steuerfesseln, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber ungleichmäßig belasten, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu bieten. Was wir weiterhin fordern, ist eine Herabsetzung der unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten.

Schließlich betrachten wir als schwere Fessel

die Progression bei der Grundsteuer.

In keinem anderen Lande der Welt gibt es eine derartige Progression, und man sollte die betr. Gesetzesbestimmungen, die lediglich aus Klassenhaß und dem Agitationsbedürfnis gewisser Parteien geboren sind, möglichst bald befeitigen.

Ich kann mich von diesem Kapitel nicht abwenden, ohne der schweren Sorgen derjenigen Landwirte zu gedenken, die Besitzer von

Mittelstandsklassen- und Anstaltungsgrundstücken

sind. Die Valorisierung der alten Renten zu einem billigen, gerechten Satz, ist immer noch nicht erfolgt, während alle übrigen Vorkriegsschulden längst auf einer niedrigen Grundlage reguliert sind. Noch schwerer aber wiegt die Sorge, daß die betr. Besitzer mit Sicherheit damit zu rechnen haben, daß sie ihren Besitz auf ihre Kinder werden vererben können. Zwar hat eine Vertretung der Interessenten erst kürzlich wohlwollende Zusicherungen von den zuständigen Stellen in Warschau erhalten; bis zur Stunde liegen aber positive Resultate nicht vor. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur, falls auf gezieltem Wege eine Regelung erfolgt, eine Beruhigung unter den Beteiligten eintreten kann.

Nachdem ich nun die bedeutendsten Fesseln der Landwirtschaft geschildert habe, wende ich mich zu den positiven Maßnahmen, die im Interesse der Landwirte zu fordern sind. Ich komme dabei zunächst auf

die europäischen Wirtschaftsverhältnisse

zu sprechen, die noch weit davon entfernt sind, stabil zu sein. Ich für meine Person habe nie ernstlich geglaubt, daß ein Panuropa möglich sei. Ich habe auch nicht ernstlich geglaubt, daß ein europäischer Zollverband haben vor allem das reiche England und das große zur Zeit ins Hintertreffen gelangte Rußland kein Interesse. Trotz diesem Optimismus habe ich aber doch die leise Hoffnung bewahrt, daß der polnische Staat im abgelaufenen Jahre es möglich machen würde, den Zollkrieg mit Deutschland und den verfassungsmäßigen Zustand mit Rußland aus der Welt zu schaffen. Leider ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Ich kann mir auch nicht denken, daß die künftigen Verhandlungen erleichtert werden, wenn ein beiderseitiger Minister erklärt, „er habe den Zollkrieg glänzend gewonnen“. Sollten die Zollverhältnisse sich nicht friedlich regeln lassen, so muß die Landwirtschaft in Polen den baldigen Erlaß eines autonomen Zolltarifs zu ihrem Schutze fordern. Die Industrie hat dank ihrer Vertretung im Reichstag längst einen Zollschutz, der von vielen Seiten als zu weitgehend und vorwiegend auf Kongresspolen zugeschnitten erachtet wird. Leider fehlt dem Reichstag das Verständnis dafür, daß auch die Landwirtschaft denselben Anspruch auf Schutz ihrer Arbeit hat. Es ist auf die Dauer ein unmöglicher Zustand, daß ein Teil der nationalen Produktion intensiver Förderung genießt, während der andere Teil, der bei weitem wichtigere und größere, völlig übergangen wird. Leider hat aber bisher die Staatsregierung ihre Gunst der Landwirtschaft verweigert. Sie unterstützt die skrupellose Agitation im Lande, die ohne die Gefährdungen zu berücksichtigen, billige Lebensmittel fordert und bemüht sich, durch Förderung des Ankaufs von Auslandsgetreide und durch Erlaß von Ausfuhrverboten für landwirtschaftliche Produkte die Lebensmittelpreise zu drücken. Ich kann es nicht verstehen, wenn der inzwischen abgelöste Landwirtschaftsminister aller Welt verkündete: die Landwirte bekämen zu viel für ihr Getreide, während es doch seine Aufgabe hätte sein sollen, den Landwirten die Daseinsmöglichkeit zu sichern und die Allgemeinheit über die wahre Lage aufzuklären. Aber gerade an dieser Aufklärung lassen es die verantwortlichen Stellen fehlen. Wenn in der Welt eine schlechte Baumwohlernte gemacht worden ist, wundern sich kein Mensch darüber, daß die Baumwohlernte teurer werden. Wenn aber eine schlechte Getreideernte gemacht wird, will niemand es als gerecht empfinden, wenn die Brotpreise etwas höhere werden. Dabei folgen die Brotpreise prozentual nicht annähernd den Getreidepreisen. Als im Jahre 1923/24 infolge einer sehr guten Getreideernte der Roggen nur 11 Goldklotz per Doppelzentner kostete, betrug der Brotpreis in Warschau 33 Groschen pro Bilo. Im folgenden Jahre kostete nach einer sehr schlechten

Getreideernte der Roggen 33 Goldklotz (also das Dreifache), der Brotpreis stieg aber von 33 Groschen nur auf 52 Groschen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß ein leichtes Anziehen der Getreidepreise wie in diesem Jahre, noch lange keine Katastrophe für das Land bedeutet. Dagegen führt eine künstliche Senkung der Preise für die landwirtschaftlichen Hauptprodukte zu einer immer fortschreitenden Armut der Landwirtschaft. Wir müssen daher verlangen, daß unsere Produkte Getreide, Kartoffeln, Vieh und alle Fabrikate, wie Zucker, Stärke usw.

durch einen Einfuhrzoll geschützt

werden. Für denjenigen, der zweifelt, ob ein Land wie Polen, das in normalen Zeiten ein Überschussland ist, einen Einfuhrzoll braucht, möchte ich darauf hinweisen, daß Nordamerika, also eines der wichtigsten Überschussgebiete der Welt, einen Getreidezoll von 42 Cent pro Bushel, also ca. 7 Klotz pro Zentner hat. Amerika schützt sich dadurch vor der Konkurrenz der billiger produzierenden Auslandsgebiete. Ich kann dabei nicht unerwähnt lassen, daß im Vorjahre, als wir sehr niedrige Preise für Roggen hatten, ein lohnender Import nach Amerika möglich gewesen wäre, wenn eben nicht der Einfuhrzoll bestanden hätte.

Es fragt sich, welches der Erfolg sein würde, wenn die Landwirtschaft in der geschilderten Weise geschützt werden würde. Die Antwort lautet: Eine Beruhigung der Landwirte und ein Anreiz zu einer möglichst hohen Produktion. Die Landwirte würden nicht dauernd befürchten müssen, von der ausländischen Konkurrenz überflügelt zu werden. Sie würden mit einem sicheren Inlandsmarkt rechnen können und bemüht sein, durch hohe Investitionen noch ein Plus herauszuholen, das für den Export zur Verfügung stehen würde.

Hierbei handelt es sich keineswegs um egoistische Wünsche der Landwirte. Wir sind überzeugt, daß von der Hebung der Einnahmen der Landwirte alle Stände im Lande den größten Vorteil haben würden: die Industrie, das Handwerk und der Kaufmannstand. Diese Stände würden ganz andere Verdienste- und Absatzmöglichkeiten haben, wenn 70 Prozent der Bevölkerung wieder landwirtschaftlich werden und den vollkommen darniederliegenden Inlandsmarkt beleben. Den größten Nutzen aber würde der Staat selbst haben. Er würde eine gehobene Steuerkraft vor sich sehen und könnte die ernste Sorge zu Grunde tragen, wie er seine Auslandsverbindlichkeiten regulieren solle. Schon heute betragen die jährlichen Verpflichtungen des Staates an das Ausland: 180 Millionen Goldklotz und falls eine große Anleihe zustande kommen sollte, werden sie um weitere 100 Millionen an Zinsen und Amortisation ansteigen. Da diese Verbindlichkeiten nicht mit Gold bezahlt werden können, müssen sie mit Waren bezahlt werden — und diese Waren kann einzig und allein die Landwirtschaft liefern.

Ich will dieses Kapitel nicht schließen, ohne zu erwähnen, daß sich in den letzten Tagen die Industrie und die Landwirtschaft in Bestreben zusammengefunden haben, um zu erwägen, welche gemeinschaftlichen Schritte getan werden müssen, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft ist der Ansicht, daß diese Aufgabe des Schweißes der Ecken wert ist und erklärt sich bereit, an diesen Problemen mitzuarbeiten. Wir sind geneigt, der Industrie zu geben, was ihr an Lebensnotwendigkeiten zukommt. Wir hoffen auf ein gleiches Verständnis der Industrie für unsere Interessen.

Das Motto des neuen Verbandes ist: Schutz des Eigentums, Schutz der Arbeit — ein Motto, dem sicher auch der Staatsbürger deutschen Stammes gern beistimmen wird.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Ein treffendes Wort unseres größten deutschen Dichters lautet: „Mensch sein, heißt ein Kämpfer sein!“ Auch uns sind die Kämpfe nicht erspart geblieben, und oft haben wir wahrlich den Wunsch gehabt, sie möchten nicht so schwer sein. Wir kämpfen um unsere Existenz, wir kämpfen um unsere Scholle, wir kämpfen um unser tägliches Brot, das wir jeden Tag aufs neue vom Allerhöchsten erbitten. Aber so schwer auch der Kampf sein mag, wir wollen in unserer Arbeit nicht erlahmen, wir wollen unsere ganze Kraft, ja unser Leben einsetzen. „Denn setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.“

Noch keine Entscheidung in Berlin.

Die Regierung der Mitte gescheitert. Der Reichspräsident beauftragt Dr. Marx mit der Bildung einer Zentrums-Rechtsregierung. Die Entscheidung liegt bei den Deutschnationalen.

Berlin, 21. Januar. (P.M.) Das Wolffsbureau meldet: bei den weiteren Bemühungen, eine Regierung der Mitte zu bilden, konferierte gestern vormittag der geschäftsführende Reichszentralrat Marx mit dem Führer der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Scholz, und in den Nachmittagsstunden erstattete er dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis seiner bisherigen Sondierungen. In anbetragt der Schwierigkeiten, auf die der Kanzler in seinen bisherigen Bemühungen stieß, hat er seine Mission in die Hände des Staatspräsidenten zurückgegeben. Staatspräsident von Hindenburg befiel sich eine weitere Entscheidung vor. Vorher hatte die demokratische Reichstagsfraktion eine Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen, bis Kanzler Marx konkrete Vorschläge gemacht haben wird. In einem besonderen Beschluß protestiert die Fraktion gegen den Versuch, in die Reihen der Reichswehr politische Reibungen hineinzutragen.

In einer parlamentarischen Korrespondenz heißt es, daß Dr. Scholz im Laufe seiner gestrigen Konferenz mit dem Kanzler Marx unter Hinweis auf den vorgefertigten Beschluß der Deutschen Volkspartei die Behauptung aufstellte, daß seine Fraktion an das Gelingen weiterer Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Mitte nicht glaube. Er appellierte daher an den Kanzler, unverzüglich Verhandlungen mit den Deutschnationalen aufzunehmen, um eine Koalition der Rechtsparteien zustandezubringen. Die halb-offizielle und die Rechtspresse bestätigten diese Meldung und betonten, daß sich die Mission des Kanzlers Marx ausschließlich auf die Aufgabe beschränke, die einzelnen Parteien zu sondieren. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß Dr. Marx jetzt den Auftrag erhalten werde, ein Zentrums-Rechtskabinett zu bilden. Der „Völkische Anzeiger“ warnt das Zentrum, diesen Vorschlag endgültig abzulehnen, wenn es nicht die Auflösung des Reichstages herbeiführen wolle.

In den Nachmittagsstunden richtete

Reichspräsident von Hindenburg an den Kanzler Dr. Marx ein Schreiben

folgenden Inhalts:

„Die Situation in der Außen- und Innenpolitik erfordert die Berufung einer arbeitsfähigen und starken Regierung. Die Regierung wird nur dann mit den besten Erfolgschancen arbeiten können, wenn sie die Unterstützung der Mehrheit des Reichstages erlangt. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Teilnahme der Parteien läßt sich wenigstens augenblicklich nicht verwirklichen. Der Versuch der Bildung

einer Regierung, die sich ausschließlich auf die Parteien der Mitte stützen würde, ist mißlungen.

Ich wende mich daher an Sie, Herr Kanzler, mit der Bitte, die Mission einer möglichst baldigen Bildung der Regierung zu übernehmen, die sich auf die Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages stützen könnte. Gleichzeitig appelliere ich an die betreffenden Fraktionen des Reichstages, die hierbei in Betracht kommen, sich von Rücksichten auf das Wohl des Vaterlandes leiten zu lassen, die Zweifel persönlicher Natur zu vergessen und sich zur Mitarbeit unter Ihrer Leitung die Hände zu reichen, sich in der Regierung zu vereinigen, die nicht im Interesse der einzelnen Parteien und auch nicht gegen diese, sondern entsprechend der Verfassung entschlossen ist, für das Wohl des Staates zu arbeiten.

Auf dieser neuen Regierung wird, wenn auch in ihr die Einheitspartei nicht vertreten sein werden, die allgemeine Pflicht lasten, auf der Wacht der grundsätzlichen Interessen der breiten Arbeitermassen ebenso wie der anderen Staatsfragen zu stehen in dem Bestreben, allen Schichten des deutschen Volkes zu dienen und die unser harrenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu lösen.“

Nach am gestrigen Abend trat die Zentrumsfraktion zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Schreiben des Staatspräsidenten an den Kanzler Stellung zu nehmen. Aus parlamentarischen Kreisen erfährt der Korrespondent der P.M., daß das Zentrum heute an die Deutschnationalen die Forderung stellen wird, minimale Garantien bezüglich ihres Standpunktes in der Frage der Außen- und der Innenpolitik zu geben. Von der Antwort, die es auf diese ultimative Forderung erhalten wird, macht das Zentrum die endgültige Antwort auf den Vorschlag abhängig, der Zentrums-Rechtskoalition beizutreten. In Bezug auf die Außenpolitik fordert das Zentrum von den Deutschnationalen eine Erklärung, daß sie mit der Politik der Verständigung im Geiste von Locarno und Thoiry einverstanden sind, in den Fragen der Innenpolitik spielt die Hauptrolle der gesetzlichen Arbeitstag.

Paris, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In den Berichten der Berliner Korrespondenten der französischen Blätter über die neue Wendung in der deutschen Regierungskrise wird einer Rechtsregierung mit Ruhe entgegen gesehen.

Eine neue Entgleisung.

Krakau, 21. Januar. Im Zusammenhange mit der Meldung, daß der Deutsche Volksbund wegen der Ablehnung der Stellungnahme Calonders in der oberschlesischen Schulfrage durch den Wojewoden Dr. Grazyński eine Beschwerde an den Völkerbund gerichtet hat, greift der „Kurier“ Kurjer Codzienny“ den Präsidenten Calonder wiederum in unerhörter Form an, indem er schreibt:

„Wie bekannt, geht der Kampf um 5000 polnische Kinder, die man an die deutschen Schulen ausgenommen wissen wollte, was die Wojewodschaftsbehörden ablehnen. Herr Calonder und der Völkerbund kämpfen um die Freiheit der Germanisierung dieser Kinder. Herr Calonder hat in einer unerhörten geschickten Weise jehrelang die Interessen der deutschen Schule verteidigt und das polnische Schulwesen in Deutsch-Oberschlesien zum vollständigen Ruin, das deutsche Schulwesen in Polnisch-Oberschlesien aber zu einer schönen Entwicklung gebracht. Niemand glaubt heute mehr an die Unparteilichkeit des Herrn Calonder, da er schon von Beginn seiner Amtstätigkeit die deutsche These und jede unbegründete deutsche Forderung verteidigt hat.“

Eine unglückliche Rolle in der Verteidigung Calonders spielte auch der polnische Generalrat in Deutsch-Oberschlesien Dr. Gazyński. Diese beiden unglücklichen Diplomaten sind schon rettend für die Demission, weil ihre Position den Interessen des polnischen Schulwesens in unerhörter Weise geschadet hat.“

Der „Kurier Kurjer Codzienny“ scheint zu vergessen, daß für Herrn Calonder einzig und allein der klare Wortlaut und der Sinn des Genfer Abkommens maßgebend sein mußte, wonach einzig und allein die Erziehungsberechtigten das Recht haben, darüber zu bestimmen, in welche Schulen ihre Kinder geschickt werden sollen. Dies hätte doch auch dem „Kurier Codzienny“ bekannt sein müssen. Glaubt denn das Blatt im Ernst, daß man seinem Ruf nach der Demission Folge geben wird? Und hätte das Blatt wohl denselben Ton angeschlagen, wenn die Stellungnahme des Präsidenten Calonder zugunsten der These des Wojewoden Dr. Grazyński ausgefallen wäre? Soviel steht jedenfalls fest, daß derartige Entgleisungen weder der Sache selbst, noch dem Interesse Polens dienen.

Abg. Miedziński — der neue Postminister

Die Ernennung bereits vollzogen.

Warschau, 21. Januar. (P.M.) Gestern unterzeichnete der Staatspräsident auf Antrag des Ministerpräsidenten das Dekret, durch das der Abgeordnete Bogusław Miedziński zum Minister für Post und Telegraphie ernannt wird.

Bogusław Miedziński wurde im Jahre 1891 im Stiebler Gebiet geboren. Er absolvierte das philosophische Gymnasium in Siedlce und studierte sodann auf deremberger Polytechnik und auf der Jagiellonischen Universität, wo er am Leben der Jugend und der Erzelekt-Verhältnisse lebhaften Anteil nahm. Im Jahre 1914 wurde er vom Kommandanten der Regionäre Pilsudski zum Kommandanten des Distrikts auf dem ehemals russischen Gebiet abkommandiert. Nach der Einnahme von Warschau im Jahre 1915 begab er sich mit der ersten Brigade an die Front, und nach der Verfassung des Reichsalltags wurde er Oberkommandant der Regionen im ehemals österreichischen Okkupationsgebiet. Im Februar 1918 drang er bis Kiern vor, wo er einen Militärbezirk auf dem Gebiet der Ukraine und Rußland organisierte. Im November 1918 leitete er als Kommandant der Militärabteilung die Entwaffnungsfaktion der Deutschen. Im Jahre 1919 wurde er Chef der politischen Sektion der zweiten Abteilung des Oberkommandos und organisierte die zweite Abteilung des Stabes, wo er bis zur Reorganisation des Kriegsministeriums, d. h. bis zum Jahre 1921 verblieb; in diesem Jahre wurde er in das Belvedere zum Vertreter des Generaladjutanten des Staatschefs Jozef Pilsudski berufen. Im Jahre 1922 wurde er aus der Staatsliste Nr. 1 in den Sejm berufen. Anfangs war er Mitglied der Piasten, trat aber im Dezember 1923 zum Unzwolenie-Klub über, dessen Mitglied er auch heute noch ist.

Seine Ernennung zum Minister bindet seinen Klub nicht in seiner Stellungnahme zur Regierung.

Die gefährliche kommunistische Parole.

Warschau, 20. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Kommunistenverhaftungen in Warschau werden fortgesetzt. In letzter Zeit hat man wieder 10 junge Leute festgenommen. Angeblich hat man bei den Verhafteten kommunistische Dokumente gefunden. In der Wohnung eines Verhafteten fanden auf den Wänden folgende Sätze: „Wir wollen keinen Krieg mit Sowjetrußland! Wir wollen Frieden und Eintracht mit Deutschland!“ Dies wird von der Warschauer nationalen Presse als gefährliche kommunistische Parole bezeichnet. Schrecklich!

Bromberg, Sonnabend den 22. Januar 1927.

Bommerellen.

21. Januar.

Graudenz (Grudziadz).

* Eine sanitätspolizeiliche Verordnung gegen die Rattenplage hat der Stadtpräsident auf Grund der einschlägigen Vorschriften erlassen. Danach sind alle Hausverwalter und -Pächter in Graudenz verpflichtet, am 10. und 17. Februar d. J. abends, zwecks Rattenvertilgung auf ihren Grundstücken an entsprechenden Orten in Apotheken und Drogerien käuflich erhaltbares Gift auf die ihnen beim Anlauf angegebene Art zu legen. Genehmigungen zum Anlauf des Giftes, sowie Dultungen, die den kontrollierenden Organen zum Beweise dafür, das Gift ausgelegt worden ist, vorgelegt werden müssen, werden im Rathaus I, Zimmer 27, in den Dienststunden von 8-3 Uhr gegen eine Administrationsgebühr von 50 Gr. ausgegeben. Um die Vergiftung von Haustieren zu vermeiden, sind die Mieter zu benachrichtigen, damit sie ihre Tiere in der betreffenden Zeit einsperrten. Die Termine müssen streng eingehalten werden. Polizeibeamte sind beauftragt, in allen Grundstücken nachzusehen, ob der Giftungsverordnung entsprochen worden ist. Der Anordnung nicht Nachkommende werden mit Geldbuße bis zu 150 ZL oder entsprechender Haft bestraft.

Der dreizehnte Stuhl.

Ein Stück in drei Akten von Bayard Veilles.
Aus dem Englischen übertragen von Rita Matthias.

Im Grunde genommen haben wir es mit einer Satire auf den Spiritismus zu tun, die in das Gewand einer Detektivgeschichte gehüllt ist. Die Meinungen über das Stück dürften weit auseinander gehen. Es erinnert stark an Kolportageromane und ist von vornherein auf Spannung und Nervenfibel berechnet. Ein Freund sucht den Mörder seines Freundes und schöpft gegen eine Dame der Gesellschaft Verdacht. Er will sie in einer spiritistischen Seance, die von ihm mit einem sogenannten Medium bis ins Detail vorbereitet wurde, zum Geständnis bringen. Der richtige Mörder ist auch zugegen und, indem er die Seance ernst nimmt und fürchtet, entdeckt zu werden, mordet er in dieser den suchenden Freund auf raffinierte Weise. Alle Umstände lenken erst den Verdacht auf die von vornherein verdächtige Dame. Endlich gelingt es aber der Mutter derselben, das corpus delicti, das Messer, zu finden und dadurch den richtigen Mörder seiner Greuelthaten zu überführen. Was berechnender kalter polizeilicher Untersuchung nicht gelungen ist, das gelang heißer tiefer Mutterliebe. Die englische Polizei scheint übrigens in dem Stück sehr schlecht ab. An einigen Stellen fliegen Stoffe fremde Elemente; auch die teilweise im Entwurf stöckelnden Nebenfiguren werden der Gesamtwirkung hinderlich, da ihnen bisweilen nur die Rollen von symbolisierenden Erscheinungen zukommen, die sich vornehmlich passiv und reaktiv den Hauptpersonen gegenüber verhalten, anstatt mitbestimmende Komponenten im Spiel der Kräfte des Kunstwerk-Organismus zu sein. Rein theatralische Momente sind nicht ganz vermieden, und manche Sentenz fällt unter der Lupe tieferen Nachdenkens nicht das, was sie beim flüchtigen Einfließen verspricht. Unwahrscheinlichkeiten, wie das Verräumen des Ermordeten vor dem Erscheinen der Polizei, das Messer in der Decke, erinnern zu sehr an Künstler-Romane.

Ohne Ungerechtigkeit gegen den Dichter darf es daher gesagt werden, daß der immerhin nette Erfolg des Stückes in erster Linie auf das Konto der Regie, die Erich Schneiders inne hatte, der Darsteller und der Ausstattung zu setzen ist. In der etwas langatmigen Seance hätte die Regie ruhig einige Kürzungen vornehmen können. Die Stelle, die den Titel des Stückes zu berechnen bestimmt ist — Der dreizehnte Stuhl — könnte mehr akzentuiert gebracht werden, was an und für sich aber belanglos ist, da das „Stück“ — und diese Bezeichnung der Art ist die beste — ebenso gut wenigstens mit fünfzig anderen Überschriften versehen werden könnte.

Die Hauptdarsteller waren vollends auf der Höhe. Margarete Baller als das Medium Madame La Grange schoß den Vogel ab. Ihr Sitzgebehen und das Zusammenfallen mit Maria Riedel, ihrer Tochter Helen O'Neill, der des Mordes verdächtigten Verlobten, war eine interessante psychologische Leistung. Maria Riedel stand ihr ebenbürtig zur Seite. Zwei schwierige Rollen, mit denen das Stück steht und fällt. Ihnen gebührt vor allem der Dank des Erfolges. Willi Glawe und Walter Ritter jun. hatten ebenfalls ihr bekannt Bestes gegeben. Helmut Staji

wird sich mit der Zeit machen. Er zeigt gute Anlagen und wird mit öfterem Auftreten sicher auch die nötige Spiel- und Darstellungstechnik erlangen. Herbert Born spielte mit Eleganz in seiner Rolle ganz ausgezeichnet und hob sich so vorteilhaft von den anderen kleineren männlichen Rollen ab, die nicht immer so ganz den gesellschaftlich vornehmen Ton, der im Stücke dominiert, treffen konnten. Mit Albrecht Dyk, der die Rolle des Verlobten der unschuldig verdächtigten Mörderin mimte, sind wir auch zufrieden. Die anderen Rollen haben mehr ausschmückenden und szenenfüllenden Charakter, und wurden von den Darstellern bzw. Darstellerinnen je nach Talent und Können mehr oder weniger gut getroffen. Der Vollständigkeit des Ensembles halber verdienen diese ebenfalls genannt zu werden: Lisa Meyer, Li Zilk, Hedwig Walden, Lotte Janowski, Margarete Bartel, Eduard Brück, Hans Plikat, Rudy Riemer und Georg Schauer. Wie wir sehen, verlangt das Stück einen großen Personalaufwand, läßt aber tatsächlich nur drei bis vier Personen handeln. Das Ensemblespiel jedoch war durchweg flott und interessant und verhalf dadurch im Vereine mit den erwähnten Leistungen der Hauptdarsteller und der gut erfahrenen Regie dem an und für sich belanglosen Werke zu dem schönen Erfolgs. Wer gern ins Kino geht und gern Detektivgeschichten liest, wird durch das Anhören und Ansehen des Stückes voll und ganz auf seine Rechnung kommen.

Apho. *

A Das Weichselwasser ist etwas gestiegen. Das Eis-treiben wird wieder stärker. Die Schollen treiben aber nur etwa auf viertel Strombreite. Der andere Teil des Stromes ist ziemlich eisfrei.

i Der Verband der Moskireisachleute Pommerellens hielt am Mittwoch nachmittag im Hotel „Goldener Löwe“ eine Versammlung unter Vorsitz des Herrn Moskireisachleiters Wiersch-Konitz ab. Es wurde über Organisations- und Sachangelegenheiten verhandelt.

k Ausföhrung von Wegen. Verschiedentlich mußte in der „Mundschau“ auf den ungünstigen Zustand mancher unausgebauten Straßen hingewiesen werden. Wie es jetzt scheint, will der Magistrat Abhilfe schaffen. Auf den Zufahrtsweg zum Waldhäusern im Stadtrand ist bereits Kies angefahren und der Weg zu den Friedhöfen ist sogar bereits mit Kies festgelegt.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Grudziadz. Es war vorauszusehen, daß der Kinder-Maschinenball außerordentlichen Ruf nach haben würde, obwohl er nur für die Kinder von Mitgliedern der Deutschen Bühne und der Gemeindeführung veranstaltet wird. Da die Deutsche Bühne und der Gemeindeführung alle Kräfte, die sie gern unterfüttern wollen, als Mitglieder annehmen, kann jeder, der diesen beiden Unternehmungen sinnhaftig gegenübersteht, sofort gegen Aufnahme des Vereinsbeitrages Mitglied werden; er braucht seinen Eintritt nur mündlich im Geschäfts-immer, Mickiewicz 15, anzugeben und erhält dann auch gleich die Garderoben-Karten für den Kinder-Maschinenball. Diese Garderoben-Karten sind vorher zu lösen, worauf die Bühnenerwaltung ausdrücklich hinweist, da nur eine bestimmte Anzahl Karten ausgegeben werden kann, um eine Überfüllung zu vermeiden. (1789)

Männergesangsverein Liedertafel. Die Sänger werden nochmals aufmerksam gemacht, daß die Abfahrt zum Kirchenkonzert in Mokrau am Sonntag, den 23. d. M., punkt 2½ Uhr nachmittags, vom Großen Markt erfolgt. Die Sänger sammeln sich bei Breichle. Vollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht. (1791)

Thorn (Torun).

—dt. Die beiden alten Gasometer in der Bäderstraße und Franziskanerstraße, die massiv aus Ziegeln gebaut sind, sollen zum Abbruch kommen.

t. Eine Runahme des Frostes macht sich bei schneefreiem Wetter seit Mittwoch bemerkbar, wozu scharfer Ostwind erheblich beiträgt. Der Frost hat eine starke Eisentwicklung auf der Weichsel hervorgerufen, die in ganzer Breite mit Schollen bedeckt ist. Durch die Eisbildung ist der Wasserstand, der im Eisigen begriffen war, zurückgegangen. Während Donnerstag früh der Thorner Pegel einen Stand von 2,88 Meter über Normal anzeigte, betrug er gegen Mittag nur noch 2,82 Meter. Am Ufer vor den Güterschuppen haben ein Dampfer und vier Frachtfähne festgemacht. Große Scharen von Nebelfröhen sind auf den treibenden Schollen zu beobachten; sie starren unentwegt ins Wasser, um sich kleine Fische als Nahrung zu fangen.

—dt. Das städtische Elektrizitäts- und Gaswerk versendet an sämtliche Konsumenten die Rechnungen für Strom und Gas mit der nach dem Stempelsteuergesetz vorgeschriebenen Stempelmarke, erhebt jedoch den Betrag für die Stempelmarke in voller Höhe von den Konsumenten. Dieses Verfahren ist rechtswidrig! Nach dem Stempelsteuergesetz (Artikel 164) darf bzw. muß der Betrag für die Stempelmarke von beiden Teilen zur Hälfte getragen werden, es sei denn, daß ein besonderes Abkommen vereinbart ist. Da solch ein „besonderes“ Abkommen nicht besteht, erheben viele Konsumenten Protest und das mit Recht!

t. Beschlagnahme wurde auf der Vorstadt Morder durch einen Polizeibeamten eine Ladung Hufeisen und vierzehn Kilogramm Meißing, die zwei jugendliche Burichen auf Fahrrädern zur Stadt bringen wollten, um sie in einer Alt-eisenwarenhandlung zu verkaufen. Der Schutzmann nahm die beiden Radler zur Wache mit, wofür ein Protokoll aufgenommen wurde, da der Verdacht besteht, daß alles gestohlen ist. Eine Untersuchung ist bereits eingeleitet.

t. Ein Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Donnerstag im Geschäft des Schneidemeisters Araczevski in der Strobandstraße verübt. Die Diebe drangen vom Nebenhause über den Hof in das Ladengeschäft ein, das nachts erleuchtet ist und nahmen Stoffe mit, deren Anzahl und Art noch nicht ganz festgestellt ist. Es ist dies bereits der zweite Fall bei A.; das erste Mal waren die Diebe nicht zur Wegschaffung des Gestohlenen gekommen; die verpackten Ballen waren im Hausflur stehen geblieben.

* 150 Dollar und eine goldene Uhr wurden einem Wladyslaw Schmur bei einer „gemütlichen“ Feier gestohlen. Groß war der Schreck des Ch., als er, wieder nüchtern, den Verlust feststellte.

* Dombrowken (Dabrowa Gielnińska), 20. Januar. Mit Erlaubnis der Wojewodschaft finden in Dombrowken im Jahre 1927 vier Viehmärkte statt, und zwar am 1. Februar, 10. Mai, 5. Juli und 31. Oktober.

* Gdingen (Gdynia), 20. Januar. Eine Wendung in der Kohlenfischerei. Auf Grund eines Auftrages des Handelsministers Kwiatkowski fand im Bureau der Hafenverwaltung eine Versammlung der interessierten Firmen und der Vertreter der Behörden statt. Die Fischer von Gdingen, denen die Kohlenfischerei in der Zeit der Arbeitslosigkeit gute Einträge brachte, haben sich in einer Audienz beim Handelsminister beschwert, daß die Verteilung der Erlaubniskarten zum Fischen der vom Kai beim Verladen heruntergefallenen Kohlen nicht rechtmäßig vorgenommen wurde. Auf der letzten Versammlung wurde vorgeschlagen, die Kohlenfischerei voll und ganz dem Magistrat zu übergeben. Es sollen von den Fischern Käthe gemietet werden, mit denen man mit Hilfe von armen Fischern und Arbeitslosen die Kohlen aus dem Wasser heben wird. Die Kohlen werden je nach Bedarf an Dörfer verteilt bzw. verkauft.

* Osche (Osie), 20. Januar. Kürzlich in den Abendstunden kam ein Gespann der Schweizer Abdeckerei mit Affen nach Osche. Beim Bahnübergang hielt der Kutscher sein Gespann an, weil aus der anderen Richtung ein Zug herannah. Plötzlich wurden die Pferde scheu und rieten an den Schienen entlang dem Zuge entgegen. In dem Augenblick, als die Lokomotive mit dem Wagen zusammenstieß, sprang der Kutscher vom Wagen und blieb unverletzt. Der Wagen wurde vollständig zerstört, die Pferde blieben unverletzt.

h. Strassburg (Brodzica), 19. Januar. Am Sonntag, 16. d. M., fand im katholischen Vereinshause (Dom Katolicki) eine Protestversammlung der Gastwirte und Restaurateure des hiesigen Kreises gegen die Einführung des Antialkoholgesetzes statt. An der Sitzung nahmen etwa 120 Vertreter teil. Eröffnet wurde sie durch den Vorsitzenden des Vereins, Gornn aus Szczuka. Darauf ergriff der Vorsitzende des Zentralverbandes in Polen, Antoniewicz, das Wort und machte auf die Folgen, die durch das Gesetz entstehen, aufmerksam, da durch die Reduzierung von 30 000 Konzessionen 400 000 Personen erwerbslos werden. Zuletzt wurde in einer Resolution die Abänderung dieses Gesetzes gefordert. — Die Getreidepreise steigen noch immer! Auf dem letzten Wochenmarkt zahlte man für Weizen 24,00 bis 25,00, Roggen 20,50, Gerste 17,50, Hafer 14,50—15,00. Fettschweine fielen auf 95 00 pro Zentner Lebendgewicht. Das Paar Abfahrfel kostete 40,00—70,00.

Thorn.

Graudenz.

Heute Vormittag 11 Uhr erlitt der Tod nach jahrelangem Leiden unseren lieben Bruder, Onkel und Schwager

Benno Richter

im Alter von 59 Jahren.

1788

Torun, den 19. Januar 1927

Lazienka 30, 11.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des altstädtischen evangelischen Friedhofes aus statt.

Auskunfts- u. Detektivbüro

„Zismada“
Torun, Sienkiewicza 2, II
er edigt sämtliche Angelegenheiten, auch familiäre, gewissenhaft und diskret. 15019

Piano gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis an Ann.-Exp. Wallis, Torun u. 3.4631

1787

Redig. Meller

sucht von gleich od. 1. 2. Windmüller. Starn Torun, poczta Rozgarty

Gämtliche Schreibwaren

für Büro und Kontor
halte ich in nur guten, langjährig bewährten Qualitäten am Lager:
Kontobücher, Karzbücher, Farblicher Klopapier, Blei- und Zeichenstifte, Bürolein, Radiermittel, Mäherbeutel, Lehtlitten, Umhänge, Briefpapiere usw.

Justus Wallis, Torun

gegr. 1853, Schreibwarenhans gegr. 1853.

Für Kranke, Blutarme und Nahrung gebende Mütter



KARAMEL VOLL-BIER

Mirzucker verarbeitet
tates Bier

BROWAR TORUNSKI AKC.

W TORUNIU

ul. Browarna 1-6.

Telefon 164. 1466

Richard Hein
Grudziadz (Graudenz), Rynek Markt 11 1012
Wäsche-Ausstattungs-Geschäft
eigene Anfertigung im Hause.

Musterbeutel

mit u. ohne Falte
beste Qualität
in allen gangbar. Größen
A. Dittmann,
T. z. o. p. 129
Bydgoszcz.
ulica Jagiell onska 16

Richtl. Nachrichten.

Sonn ag. d. 2. Jan. 1927.
3. S. n. Epiph.)

Evangel. Gemeinde
Grudziadz, Born. 10
Uhr Hr. Diebal. 1 1/2
Uhr: Kinder- und test. entf.
Hr. Die all. Nachm. 3 7
Uhr: Solbst nhe m. Fer-
ber- e. Mitwoch, nachm.
5 Uhr Bibelkunde, Hr.
Diebal.

Tuchel.

Born 10 Uhr Besegot-
led. entf.

Bereinsnachrichten, Geschäftsreflexe und geschäftliche Mitteilungen

besonderer Art

für Graudenz u. Umgebung
gehören in die

Deutsche Rundschau

unter die neu eingerichtete Rubrik:

Vereine, Veranstaltungen usw.

Anzeigen-Annahme und Hauptvertriebsstelle

Arnold Kriedte, Buchhandlung,

Mickiewiczza Wohlmannstr. 3.

Am Sonnabend, abends 8 Uhr

findet in den Räumen der

Vereinigten Guttempler,

Radzyska 3

ein Maskenball

statt, wozu freundliche einladet

Der Vorstand.

1792

Deutsche Bühne Grudziadz

Sonntag, den 23. Januar 1927

abends 1/8 Uhr im Gemeindefaule

„Der dreizehnte Stuhl“

Ein Stück in 3 Akten von Bayard Veilles.

Regie: Erich Schneider.

Eintrittskarten im Geschäftsim. Mickiewiczza 1a.

Landessynode und Kirchenverfassung.

Die am 22. d. M. zusammentretende 3. ordentliche Landessynode der unierten evangelischen Kirche in Polen legt die Frage nach den Rechtsgrundlagen, der Zusammensetzung und den Aufgaben der Landessynode nahe, zumal über die Kirchenverfassung seit den politischen Änderungen in weiten Kreisen keine rechtliche Klarheit herrscht.

Zunächst besteht der merkwürdige Zustand, daß in Polen und Pommern eine Kirchenverfassung noch Gesetzeskraft besitzt, die in Deutschland bereits aufgehoben und rechtskräftig durch eine neue Kirchenverfassung ersetzt ist. Es ist dies in der Hauptsache die Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom Jahre 1873, die in Polen nicht nur Kirchenrecht, sondern auch Staatsrecht ist, in gleicher Weise wie das Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch und das Deutsche Strafgesetzbuch in Polen noch rechtswirksam in Geltung ist. Die unabhängigen kirchlichen Stellen haben bereits mehrfach versucht, diese von Preußen übernommene Kirchenverfassung durch eine neue nach polnischem Recht zu ersetzen.

Die früheren Landessynoden haben bereits April 1920 und nochmals 1921 eine Notverfassung beschlossen, die die evangelischen Gemeinden von Polen und Pommern zu einem Landessynodalverband zusammenschloß und das Evangelische Konsistorium in Polen in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung als oberste Kirchenbehörde für das gesamte Kirchengelände Polen und Pommern anerkannte. Die erste Landessynode von 1921 wählte auch bereits eine Verfassungsschreiberei zur Vorbereitung der endgültigen Kirchenverfassung, die am 7. Dezember 1923 von der zweiten Landessynode einstimmig angenommen wurde. Diese Kirchenverfassung hält den geschichtlich gegebenen Zusammenhang mit der Mutterkirche der jetzigen evangelischen Kirche der altpreußischen Union auf dem Gebiet des Bekenntnisses, der Lehre, des Kultus und der Union aufrecht, wie auch sonst in aller Welt Religionsgemeinschaften durch Staatsgrenzen nicht eingegrenzt werden nach dem unbestrittenen Grundsatz, daß Staatsgrenzen nicht Kirchengrenzen sind.

Die polnische Staatsregierung hat von dem Zusammentritt der Synode Kenntnis gehabt, hat die Verhandlungen gebilligt und die Beschlüsse entgegengenommen, aber ihnen in keiner Weise Fortgang gegeben, im besonderen keinen Schritt getan, um die gesetzliche Anerkennung der beschlossenen Kirchenverfassung durch den Sejm herbeizuführen, obwohl Artikel 115 der polnischen Staatsverfassung ausdrücklich besagt: „Die Kirchen der Religionsminderheiten und die anderen rechtlich anerkannten Religionsverbände regieren sich nach eigenen Gesetzen, denen der Staat die Anerkennung nicht verweigern wird, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen.“ Die übrigen evangelischen Kirchen in Polen, auch die evangelisch-anglikanische Kirche in Kongresspolen, deren Warschauer Konsistorium wegen seiner polnischen Einstellung sich sonst besonderer Förderung durch die Staatsregierung erfreut, haben übrigens gleichfalls noch keine Anerkennung ihrer beschlossenen Kirchenverfassungen erlangen können.

So ist es gekommen, daß die einzelnen evangelischen Kirchengemeinden und Gemeindefürsorgevereine, die Kreis- und Landessynoden, die Landessynode, der Landessynodalverband und das evangelische Konsistorium sich noch nach der Kirchengemeinde- und Synodalordnung von 1873 richten müssen, auch im Verkehr mit den Staatsbehörden, die diese alten Rechtsgrundlagen durchaus als zu Recht bestehend anerkennen. Danach wählen die wahlberechtigten Gemeindeglieder die Mitglieder der kirchlichen Gemeindevertretung, als dessen verantwortlicher Arbeitsausschuß die Gemeindefürsorgevereine anzusehen sind. Kirchliche Gemeindevertretungen wählen die Mitglieder der Kreis- und Landessynode, die aus den Geistlichen des Kirchenkreises und der doppelten Anzahl gewählter Laienvertreter sich zusammensetzt. Die 33 Kreis- und Landessynoden (22 in Polen, 11 in Pommern) des ganzen Kirchengeländes wählen ihrerseits die Mitglieder der Landessynode, und zwar ein Drittel Geistliche, ein Drittel Laienmitglieder und ein Drittel kirchlich verdienender Männer, die sowohl Geistliche, wie Laien sein können.

Auf diese Weise ist im Herbst vorigen Jahres die Landessynode neu gewählt worden und tritt nun in ihrem neuen Bestande von 113 Mitgliedern zusammen, die die rechtliche Vertretung aller Evangelischen in Polen und Pommern, ihrer Kirchengemeinden und Kreis- und Landessynoden bilden. Außerdem werden als Gäste an der Synode noch einige Vertreter benachbarter evangelischer Kirchen teilnehmen, natürlich ohne Stimmrecht. Aber die innere Verbundenheit der evangelischen Kirchen macht die innere Teilnahme dieser Vertreter besonders wertvoll.

Da auf die von der vorigen Landessynode beschlossene Kirchenverfassung die Staatsregierung keine Antwort ge-

geben hat, weder zustimmend noch ablehnend, so müssen diesmal die Fragen der Kirchenverfassung aus den Verhandlungen der Synode ausscheiden; dagegen wird die Landessynode als erste der in Frage kommenden Kirchen Polens sich mit den Beschlüssen der Wilnaer Kirchenkonferenz zu befassen haben und insbesondere Stellung nehmen müssen zu dem in Wilna beschlossenen Statut für den „Rat der Evangelischen Kirchen in Polen“. Im Innern wie im Ausland wird man den Beschlüssen der Landessynode in dieser Richtung mit großer Spannung entgegensehen. Im übrigen liegen die wichtigsten Aufgaben der diesjährigen Landessynode vor allem auf innerkirchlichem Gebiet: Die Regelung des Konfirmandenunterrichts und des Religionsunterrichts, wichtige Fragen evangelischer Jugendarbeit, die Regelung des theologischen Studiums in Verbindung mit der theologischen Schule und dem Evangelischen Predigerseminar in Polen, überhaupt die Fürsorge für die Sicherung eines Nachwuchses an evangelischen Lehrern und Geistlichen, die Unterhaltung der lebenswichtigen Anstalten und Werke der Inneren Mission. Das sind einzelne Fragen, die erste Beratung nötig machen werden.

Auch diese Landessynode hat die große Aufgabe, die Zukunft der evangelischen Kirchen in Polen zu sichern und die inneren und äußeren Grundlagen dafür mit Leben zu versehen.

Ram m e l.

Die Wirtschaftslage Polens.

Erklärungen des Handelsministers Riatkowski.

Auf einer Pressekonferenz im Handelsministerium hat der polnische Handelsminister Riatkowski in längerer Rede die Entwicklung der Wirtschaftslage Polens charakterisiert. Er führte u. a. aus:

Das Staatsbudget, das früher Defizite aufwies, schloß schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres mit einem bedeutenden Überschuss in Höhe von 60 Millionen Zloty, so daß Polen heute für die Frühjahrsobergangsstadien Reserven zur Verfügung hat. Während am 31. Mai vergangenen Jahres Polen noch ein Bankrott in Höhe von 8 Millionen Goldzloty hatte, betrug das aktive Bankkonto an Valuten 26 Millionen Dollar. Auch die Vorräte an Gold und Silber sind um 2 Millionen Zloty gestiegen.

Die Stabilisierung des Zloty ist gesichert. Der Geldumlauf vermehrt, die Kredite sind gestiegen und ebenso der Wechselkurs. Eine Steigerung weisen auch die Ersparnisse in den Banken auf.

Außerordentlich günstig war die Entwicklung der Handelsbilanz. Sie wies ein aktives Saldo auf, das in den Monaten Januar bis Dezember 1923 zwischen plus 15 Millionen und 61 Millionen Goldzloty schwankte.

Auch in der zweiten Hälfte des Jahres blieb das Saldo aktiv, obwohl eine Steigerung des Imports zugelassen wurde. Der Zollkrieg mit Deutschland verlor für Polen sehr an Bedeutung. Reforziffern wies besonders der polnische Export. Der Export ist auch unabhängig vom englischen Streik in jeder Hinsicht stark gewachsen. Auch abgesehen vom Kohlenexport hat der polnische Export im Jahre 1923 ein aktives Handelsbilanzsaldo erreicht. Wenn man den Kohlenexport beiseite läßt, ergeben sich folgende Steigerungen des polnischen Exports in den letzten drei Jahren: 1924 betrug der Export ohne Kohlen 4,5 Millionen Tonnen, 1925 aber schon 5,6 Millionen und 1926 sogar 8,1 Millionen Tonnen. Während der Kohlenexport Polen 1925 8 Millionen Tonnen ausmachte, erreichte er 1926 14,2 Millionen Tonnen. Die Steigerung beträgt also 78 Prozent. Mit einer so großen relativen Entwicklung können in demselben Zeitabschnitt auch andere reichere Staaten nicht aufwarten. Während Polen im Jahre 1924 noch zu den teuersten Ländern gehörte, gehört es jetzt zu einem der billigsten. Der allgemeine Großhandelsindex beträgt für Polen nach den statistischen Nachrichten vom 5. Januar 1927 102,8, für Deutschland 130,8, für Frankreich 133,2, für England 153,3. Wenn man die Lebensmittel, Frankreich, Deutschland, England und Polen vergleicht, erhält man z. B. für solche Artikel, wie Weizenmehl, Schmalz, Kohlen, Öl, Rohle und Naphtha für Polen die billigsten Preise.

Eine besonders reiche und günstige Entwicklung nahmen die Schiffe, Häfen und Seefragen für Polen im Jahre 1923. Die Hafeneinrichtungen von Gdingen sind erweitert, neue Verladeeinrichtungen aufgestellt worden. Ein Seehafen ist in Gdingen im Entstehen begriffen. Die praktische Ausnutzung des Hafens ist im vergangenen Jahre in Gdingen durchgeführt worden, soweit es ging. Zu günstigen Bedingungen wurde der Grundstock zu einer staatlichen Handelsflotte für Polen gelegt, und der Gesellschaft „Włosa Baltia“ der Ankauf von Schiffen erleichtert. Der Bau von Passagierschiffen ist von der Danziger Werft in

Angriff genommen worden. Diese Schiffe sollen hauptsächlich dem Küstenverkehr dienen. Es wurde ein Investitionsprogramm für Gdingen und Niewodno für eine möglichst gezielte, schließlich ist unter der Leitung des Seemarschalls intensive Zusammenarbeit mit dem Hafen von Danzig fest- und des Vorstehenden der Seekommission das nationale Flottenkomitee wieder aufgebaut und erneuert.

Der Minister erwähnte dann die Bedeutung der Handelspolitischen Gesetzgebung in Polen und kündigte eine ganze Reihe von neuen Projekten an. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zwischen den einzelnen Teilleisten seien allmählich verschwinden. Große Bedeutung legt der Minister dem Gesetz über die Handelskammer bei. Noch im jetzigen Monat wird das Ministerium im Einvernehmen mit den interessierten Wirtschaftskreisen den endgültigen Entwurf zum Gesetz der Handels- und Industriekammern abschließen. In der ersten Hälfte d. J. werden vielleicht die Handels- und Industriekammern im Gebiete des ganzen Staates bereits auf Grund des neuen Gesetzes organisiert werden können. Die Unifizierung der verschiedenen Handelskammern muß vollzogen werden, um eine einheitliche Handels- und Wirtschaftspolitik im Lande zu garantieren.

Außerdem befindet sich der Entwurf eines Gesetzes in Vorbereitung, welches die Unterstützung der neuen entstehenden Produktionszweige im Lande begünstigt. Unter Zuhilfenahme dieses Gesetzes dürfte es möglich werden, ein konsequentes Industrieprogramm für Polen zu entwickeln, das sich auf den Grundsatze der Ausnutzung der eigenen Rohstoffe und der Vermeidung der Sicherheit des Staates stützt. Das Gesetz wird eine Reihe von Erleichterungen bei den Steuern, Zöllen und dem Export vorsehen. Die Bewirtschaftung der Grunderwerbsmittel und insbesondere der Naphtha- und der Kalisalze soll geregelt werden. Schließlich werden neue Gesetze über die Aktiengesellschaft, über den Grunderwerb, über die Kommerzialisierung der staatlichen Unternehmungen ausgearbeitet.

Eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen sieht auch einen Ausbau des Hafens von Gdingen und der Stadt Gdingen vor. Der Minister sagte seine Ausführungen dahin zusammen, daß man die Bemühungen Polens auf wirtschaftlichem Gebiete unter eine Lösung unterbringen könnte, die lautet: „Polen bei der Arbeit“. Das Ziel ist klar: Der polnische Staat muß aus der Kriegsverwüstung und der 100jährigen Knechtschaft wieder aufgebaut werden. Als großes, junges Staatswesen, das sein Leben in der Zusammenarbeit und Freundschaft mit anderen Völkern entwickeln will.

Anm. der Red. Die Rede des Handelsministers ist wie die meisten offiziellen Ausführungen über die Wirtschaftslage Polens in der Hauptsache als Propaganda zu werten. Man gewinnt daraus den Eindruck, als ginge es uns sehr gut und hätten wir eine goldene Zukunft. Herr Riatkowski behauptet, daß die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage auch unabhängig von dem englischen Streik andauern würde. Diese Annahme ist insofern zumindestens verfehlt, als die Folgen des englischen Streiks auf dem internationalen Markte noch etwa bis zum Frühjahr fühlbar sein werden. Die Behauptung des Handelsministers wird aber auch durch die Tatsachen widerlegt. Bereits im Dezember setzte ein Rückgang der Kohlenausfuhr um 200 000 Tonnen ein. Außerdem ist die Arbeitslosenrate in Polen seit Aufheben des Kohlenstreiks (Anfang November) in geradezu beängstigender Weise gestiegen, und zwar von 197 000 in den ersten Novembertagen auf 247 000 am 15. Januar. Das sind 50 000 Arbeitslose in 2 1/2 Monaten, für Polen eine unverhältnismäßig hohe Zahl. Ferner ist der Außenhandelsumsatz (Einfuhr und Ausfuhr) im Dezember um rund 30 Millionen gegen den November gesunken (239 668 000 im November, 209 674 000 im Dezember). Noch viele andere Angaben sprechen dafür, daß die Besserung tatsächlich nur ein konjunktureller Gewinn war. Wäre inzwischen der Winter in nächster Zeit der Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen, dann könnte man wohl von einer Stabilisierung der Wirtschaftslage sprechen. Daß der Zollkrieg mit Deutschland durchaus nicht an Bedeutung für Polen verloren hat, haben uns zum Teil die letzten Wochen gezeigt und wird uns die Zukunft weiterhin beweisen.

Wenn ferner Herr Riatkowski behauptet, man lebe in Polen weit billiger als in anderen Ländern, so würden wir das ohne weiteres bestätigen, wenn es hier Verdienstmöglichkeiten, ähnlich denen in anderen Ländern, gäbe. Tatsächlich aber steht der Verdienst der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kaufleute, Landwirte usw., etwa auf Dollarbasis berechnet, in gar keinem Verhältnis zu den Ein-

Ellidas Ring.

Skizze von Valeria Cuska.

Es war also Wirklichkeit geworden: er war aus skandinavischer Gefangenschaft befreit — er war in Deutschland, auf dem Wege zur Heimat! Gegen seinen Willen mußte er in der Seefahrt, in der er gelandet, übernachten. Es ging kein Zug mehr in der Richtung seines Zieles. Da ein großes Sportfest Menschenmengen herbeigezogen, irrte er stundenlang umher, um ein Unterkommen für die Nacht zu finden. Endlich entdeckte er in einer Seitenstraße einen kleinen, eleganten Fremdenhof. Er erhielt nach einigem Hin und Her die Auskunft, daß zwar kein einziges Zimmer frei sei, daß ihm aber dennoch für die Nacht ein zur Verfügung gestellt werden könne. Ein Herr, so hieß es, habe einige Wochen im ersten Stock zwei Zimmer bewohnt und diese auch für die nächste Zeit bestellt. Aber er sei für einige Tage verreist, und in Anbetracht des Wohnungsmangels wolle man ihm, Werner von Thiesen, eines davon für eine Nacht überlassen. Froh, ein über Erwarten angenehmes Gemach gefunden zu haben, nahm er sofort Besitz davon. Er bestellte darauf ein Bad und vertrieb sich bis zu dessen Fertigstellung die Zeit mit dem Anspähen seines Koffers. Er hatte sich schon in Stockholm mit allem versehen, was der Kulturmann brauchte. Dann schwelgte er in Wasser, Seife und Essenzen und ging mit einem fast kindlichen Gefühl der Freude zu Bett.

Aber — hatte das Bad ihn erregt oder das geradezu überhöhenmäßig bequeme Verweilen, gesund das Vaterland erreicht zu haben — er fand keinen Schlaf. Noch immer fühlte er das Schwanken des Schiffes, das Wogen der Flut, und die Dunkelheit beengte ihn. So knipste er das Licht wieder an und entzündete eine Zigarette. Wirklich beruhigten sich seine Nerven, und der Genuß des ausgezeichneten Tabaks gab ihm zusammen mit dem wohligen Gefühl des Schlafes einen angenehmen Anstoß.

Nur Müdigkeit kam nicht. Die Zigarette verglomm. Das Gefühl des Schwankens hatte ihn verlassen, er versuchte dem Schlaf entgegenzukommen — umsonst! Er lenkte die Gedanken auf Ellida. Wie würde sie ihn empfangen? Ihre Briefe, ihre Liebesgaben, ins Feld gelangt, hatten ihn stets warm berührt. Warum hatte er sich bei seinem letzten Urlaub nicht mit ihr verlobt? Ihm jetzt ganz unerklärlich! Er versuchte sich ihre anmutige Gestalt, ihre dunklen Augen, die so viel Sanftmut und Vertrauen strahlten, vorzustellen; er geriet in den Bann ihrer Lieblichkeit, und sein Herz schlug ihr entgegen...

Nimmer wieder wurde er. Ein sonderbares Gefühl überkam ihn. Er glaubte, es wolle sich ihm ein Fremdes, seltsam Machtvolles, Unbe-

säglich war es und mit der Hand nicht zu fassen. Er sah das Chaos um sich her, sah das Muster des Teppichs, die Umrisse von Schrank und Sofa und den Spiegel. Er sah sich selbst in diesem — seltsam bleich und erregt...

Nein, er schlief nicht. Er fühlte aber eine fremde Macht von sich Besitz ergreifen. Mühte ein anderes Dasein leben als das seine — fühlte sich in das Schicksal eines anderen gebannt...

In einer Hütte war er geboren, behütet von einer stillen, mütterlichen, einem rauhen Vater. Manchmal kam er in ein Schloss, spielte mit einem trostigen Knaben, mit einem flehischen, blonden Mädchen. Der Reichtum dieser Kinder füllte ihm das Herz. Es trieb ihn fort in die Welt, reich zu werden wie jene. Als er von der kleinen Gespielin Abschied nahm, fand sie ein dünnes Goldkettenlein, an dem ein pfenniggroßes Amulett hing, von ihrem Hals und reichte es ihm. In ihrem Auge stand Mitleid. Der Knabe ging in den Wald, kletterte das Kettlein mit dem Amulett und verlor es auf seiner Brust. Voll von Sehnsucht nach Abenteuer verließ er die Heimat. In der neuen Welt erwarteten ihn Enttäuschung, Not, Hunger. Doch er rang mit dem Leben. Es trug ihn bald in die Höhe, bald in die Tiefe — er kroch durch Höhlen des Lalters und glitt durch Paläste des Reichtums. Immer begleitete ihn das Amulett auf der Brust. Wenn ihn auch Hunger kränkte — er verkaufte es nicht. Als er zum Manne gereift war, fesselte er einige Jahre das Glück an sich. In den Nächten beim Glückswinkel häufte sich Gold vor ihm, und mit ihm gewann er Frauen, Freunde, Genuß aller Art. Bis in einer Nacht ihn alles verließ und er wieder im Schmutz der Straße stand. Dann sah ihn von neuem die Heimat. Er stand vor seines Vaters Hütte. Leer und verlassen war sie — die Eltern gestorben. Mit einem müden Lächeln wandte er sich ab. Dieser Kampf um eine Brotkruste, wie ihn die Vorfahren geführt, erschien ihm unverstehlich. Er tauchte unter in die geheimen Spielhöhlen Deutschlands — war bald oben, bald unten. Der Krieg kam, er meldete sich nicht zu den Fahnen und lebte sein Leben weiter...

Hier hielten die jagenden Gedanken Werner von Thiesen an. Das war doch nicht er — er, der vom ersten Tage des Weltkrieges unter diesen Fahnen gestanden... Aber er vermochte dieses Bewußtsein nicht festzuhalten. Das Fremde ergriff ihn von neuem, das Zwingende, die Lust dieses Gemachs erfüllende. Wieder war er der Andere — einer, der sich plötzlich auf den Höhen des Lebens sah! Niemand enthielt sein Vorleben — jedermann sah nur den zu Ehren und Wohlstand Gefommenen.

Schemenhaft alles! Das Wie und Woher seiner Erhöhung und seines Vermögens ist ihm verschleiert — er fühlt

sich nur im Besitz von beiden. Doch endlich tritt Ruhe ein! Der Geheite, von Ehrgeiz und Goldwahn Besessene findet eine Frau, die ihn zur Ruhe zwingt. Schlafen fallen von ihm — Edles ringt sich aus Staub empor, der Besitz dieses Weibes bringt die Wiedergeburt seiner Knabenseele...

Auch diese Frau erscheint schemenhaft, verschleiert, nur ihre Gebärde ist deutlich und unerkennbar. Sie reicht ihm einen Ring, bestehend aus zwei dünnen Goldreifen, von einem Adlerkopf zusammengehalten, altamerikanische Kunst. Werner von Thiesen schreit auf — das fremde Bewußtsein verläßt ihn — diesmal für immer. Er kennt dieses Kleinod. Er hat es an Ellidas Hand gesehen, weiß, woher es stammt. Ein Vorsatz Ellidas hat den Ring in Mexiko einer alten Indianerin abgekauft. Zauberkräfte soll er besessen haben, die sich in der alten Welt noch nie gezeigt hatten. Die Innenseite des Adlerkopfes trägt die Inschrift: M. d. 6. 26. Das bedeutet: Mexiko, den 6. Juni 1926. An diesem Tage hat ihn der Vorsatz erstanden. Seitdem ist dies seine Bestimmung. Er erbt in weiblicher Linie fort und ist der Verlobungsring, mit dem die jeweilige Trägerin den Erwählten auszeichnet. Auch Ellida hatte ihn dafür bestimmt. Werner weiß es. Seltsam, daß diese Erinnerung seiner Wahnvorstellung ein Ende bereitet — seine Bestimmung bewirkt hat. Sollte am Ende doch ein Zauber... Werner lächelt, füllt sich von Fieberwahn erfüllt — vernünftigen Denken zurückgegeben. Wohlbehagen ergreift ihn. Er sieht sich dem Besitz des Ringes entgegen. Müdigkeit übermächtig ihn — er schläft ein...

Als die Sonne hell ins Fenster scheint, wacht er auf. Er laßt der Zwangsvorstellung dieser Nacht. Schnell steht er auf, kleidet sich an. In zwanzig Minuten geht sein Zug. Er schickt sich an zu klingeln — da klopft es. Der Zimmerkellner kommt und entschuldigend sich höflich wegen der Störung. Es sei ein dringendes Telegramm des Herrn angekommen, der vor ihm dieses Zimmer bewohnt und jetzt in Amsterdam weile. Er fragt an, ob sich im Schuttsch der Nachtmode ein feines, goldenes Kettlein mit pfenniggroßem Amulett befinde sowie ein Ring, bestehend aus zwei dünnen Reifen mit Adlerkopf, der in der Innenseite die Ziffern M. d. 6. 26 zeige. Er habe beides vergessen. Sollte es vorhanden sein, möge man es aufbewahren, bis er demnächst zurückkomme.

Werner von Thiesen sucht selbst. Er öffnet das Schubfach. Da liegt in Seidenpapier gewickelt ein goldenes Kettlein mit dem pfenniggroßen Amulett — da liegt der Ring, von dem es nur einen gibt...

Es ist der Ring, den Ellida nur ihrem Verlobten reicht...

künftigen in anderen Ländern. Beispielsweise bei Beamtengehältern entfallen etwa 90 Prozent des Gehaltes auf Bekleidung der allernotwendigsten Gegenstände und Artikel des täglichen Bedarfs. Nicht die relativen Lebensmittelpreise sind maßgebend, sondern die Gesamtsumme der Sparanlagen des Mittelstandes. Und die ist beispielsweise in Deutschland, auch verhältnismäßig, erheblich größer als in Polen.

Auf weitere Einzelheiten der Rede des Handelsministers einzugehen, erübrigt sich. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die Rede des Senators Dr. Basse-Tupadly über die Wirtschaftslage Polens. Auf jeden Fall ist es ratsam, die Ausführungen des Handelsministers mit der größten Vorsicht aufzunehmen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 21. Januar.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Ostropa Inhalten der Bewölkung und des Frostes an. Geringe Neigung zu Schneefällen.

Viederabend des Männer-Gesang-Vereins „Kornblume“.

Der Männergesangsverein „Kornblume“ veranstaltete am Mittwoch in der Deutschen Bühne einen Viederabend. Der Verein, der bereits seit dem Jahre 1884 besteht, stellt trotz starker Abwanderung von Mitgliedern in den letzten Jahren noch immer auch zahlenmäßig einen recht stattlichen Chor dar, dessen Darbietungen sich bei der deutschen Bevölkerung mit Recht allseitiger Beliebtheit erfreuen. Es war daher sehr zu begrüßen, daß die „Kornblume“ wieder einmal an die Öffentlichkeit trat und durch ihren Viederabend bewies, daß trotz aller Sorgen der Gegenwart die Pflege des deutschen Liedes in der deutschen Bevölkerung nicht vergessen wird.

Die Vorträge des Männerchors sind in ihrer Gesamtheit als sehr gut gelungen zu bezeichnen. Besonders bevorzugt war in dem Programm der Komponist Mathieu Neumann. Dieser, ein Rheinländer, ist gegenwärtig als Komponist im Männerchorwesen Deutschlands führend und hat eine Reihe von Chorwerken weltlicher Art wie „Lied“, „Totentanz“ u. a. m., dann auch geistlicher Art (Vaterunser, Requiem, Die Messe) geschaffen. Ein Teil der von ihm stammenden Bearbeitung des Helene-epos „Hagen“ für Chöre wurde in ausgezeichnete Weise von der „Kornblume“ an ihrem Viederabend vorgeführt. Es ist bemerkenswert, wie bei der den Mitgliedern zur Verfügung stehenden geringen Zeit eine solche Arbeit hat geleistet werden können. Die Herausarbeitung und der gefällige Ausdruck einzelner Sätze, der rechtzeitige Einsatz der verschiedenen Stimmenlagen stellte an den Chor und besonders an den Dirigenten hohe Anforderungen, denen aber beide in hervorragender Weise gerecht wurden. Weiterhin kamen noch zum Vortrag die Lieder: „Zum Wandertor hinaus“ (W. Wein), „Käsefest“ (Mathieu Neumann), „Stauwisches Ständchen“ (Eug. Fink), „Liedesklage“ (Mathieu Neumann), „Es muß ein Wunderbares sein“ (Joh. Julia Scheller), „Auswanderers Heimweh“ (Alfred Gellert-Graubner), „Wenn die Schwalben heimwärts ziehen“ (Rudolf Bud), „Abendstunde am Rhein“ (Mathieu Neumann) und „Die Nacht“ (Franz Schubert). Auch diese Vorträge haben alle eine große Vorarbeit erfordert. Daß sie gelungen waren, bewies der starke Beifall des Publikums.

Zwischen den Vorträgen der „Kornblume“ waren Gesangs- und Cello-Soli von Fräulein Platon und Herrn Zimmermann eingelegt. Fräulein Platon (Koparan) sang „Nacht und Traum“ (Schubert), „Strienweil“ (Hans Schmidt) und „Auf dem Baum“ (Silb). Ihr Gesang erzielte sich eines starken Beifalles und reiche Blumenpenden lobten ihre Mähe. Zu ihrem klaren, vollen Organ hätte man aber etwas mehr Mimik und stimmlichen Ausdruck gewünscht. Herr Zimmermann, Lehrer am Konservatorium des Herrn von Winterfeld, zeigte sich beim Vortrag des „Nocturno“ (Chopin), der Gavotte Nr. 2 (David Popper) und des Solvetas-Liedes (Orten) in Technik und Ausdruck als außerordentlich und mußte sich zu einer Zugabe verstehen. Die Klavierbegleitung der Soli führte Fräulein Koppe mit bewährtem musikalischen Feingefühl aus. Es war bedauerlich, daß der Viederabend der „Kornblume“ verhältnismäßig schwach besucht war. Man sollte derartigen kulturellen Bestrebungen deutscher Bevölkerungskreise doch in weiteren Kreisen des Deutschums Verständnis entgegenbringen. Außerdem sind Darbietungen, wie sie uns am Mittwoch von der „Kornblume“ geboten wurden, wirklich keine Alltagsleistung bei unserer in kultureller Hinsicht so schmalen Kost hierzulande.

hw.

§ Der Wasserstand der Weichsel betrug heute 10 Uhr bei Brahemünde + 4,82 Meter, bei Thorn etwa + 2,60 Meter.

§ Beschlagnahme des „Dziennik Bydgoski“. Die Nr. 15 des „Dziennik Bydgoski“ ist unter Verletzung auf § 181 des Strafgesetzbuches (Verbreitung falscher Nachrichten) beschlagnahmt worden. Die beantragte Maßnahme ist die vom angeklagten Verschwinden der Gerichtsakten in Sachen der Parzellierungsbank. Wie wir aus kompetenter Quelle erfahren, sind diese Akten tatsächlich vorhanden und der betreffende Termin ist bereits angesetzt.

§ Wo wird am meisten gespart? Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes belaufen sich die Sparanlagen in den Kreditgenossenschaften auf dem gesamten Gebiet des polnischen Staates am 31. Dezember 1926 auf 37,7 Millionen Zloty, darunter gegen 5 Millionen Dollareinlagen. Unter den einzelnen Woiwodschaften weist die stärkste Sparbewegung die Woiwodschaft Posen auf, die schwächste dagegen wird festgestellt in den östlichen Woiwodschaften.

§ Jagd in Ruh. Für die Jäger heißt es in Bezug auf die Hasenjagd seit Sonnabend, 15. Januar, „Jagd in Ruh“. Die Zeit der Treibjagden, auf denen man dem flinken Langohr in erbarungsloser Weise auf Leib und Leben, ist damit wieder einmal für längere Zeit vorüber, und Meister Lampe kann sich nunmehr der wohlverdienten Ruhe hingeben und an seine Nachkommenschaft denken.

§ Der Geflügelzüchterverein hielt am 15. d. M. im Gasthause von Biech eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der der Vorsitzende zunächst über die Geflügelzuchtverhältnisse in Warschau und Lodz berichtete. Den Bericht über die Ausstellung in Thorn erstatteten Frau Sanitätsrat Dieck und Herr Kettig. An die Berichte knüpfte sich eine eingehende Aussprache. Darauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die verschiedenen Entenrassen, ihre Kennzeichen und Eigenschaften; besonders eingehend sprach er über die bei uns sehr verbreiteten und beliebten Pekingerenten. Frau Sanitätsrat Dieck hatte aus ihren Zuchtstämmlern drei Pekingerenten als Anschauungsmaterial mitgebracht, von denen namentlich zwei — ein weibliches und ein männliches — sehr ausgezeichnete Exemplare und eine sehr typische Ente — sehr gefielen. Hieran gelangten ein Plymouth-Bahn des Herrn Mittelstaedt und ein Pärchen Zwerghühner des Herrn Wicher zur Vorführung und Beschreibung.

§ Der bienenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umgegend hielt am 17. d. M. in der Johannischule seine Generalversammlung ab. Zunächst widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Mitglied J. Swoboda einen herzlichen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des zu früh Entschlafenen durch Erheben von den Plätzen. Nach Erstattung des Jahres- und Kassensberichts hielt der Vorsitzende, Zietak, Vorträge über „Erkennen und Bleichen des Wachs“ und über „Fütterung der Bienen“, welche viel Beifall fanden. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten.

§ Diebstähle. Verschiedene Kurz- und Galanteriewaren wurden der Firma „Kane“, Bahnhofsstraße 62, durch Einbrecher gestohlen. — Der Kassierer eines hiesigen Kinos wurden beim Wechseln eines Geldscheines 35 Zloty entwendet.

§ Verhaftung eines Rechnungsoffiziers. Wie der „Dziennik“ meldet, ist auf Befehl der Militärstaatsanwaltschaft in Graudenz der Rechnungsoffizier des 16. Ulanenregiments, Leutnant Lesch, verhaftet und in das Graudenz Militärgefängnis eingeliefert worden. Der Grund der Verhaftung wird erst nach Abschluß der Untersuchung bekanntgegeben.

§ Falsche Zweiglotzstücke werden jetzt immer öfter im Bereiche der Stadt angetroffen. Die Falschstücke sind leicht zu erkennen: Der Rand ist ungenau gerillt, die Ziffern und Buchstaben undeutlich, auf dem Gesicht der Schmelze sieht man kleine Punkte. Die Stücke sind aus englischem Zinn hergestellt, enthalten aber auch Aluminium, Blei oder Messing. Der Klang ist unrein. Die Polizei bittet dringend, darauf zu achten, wer solche Falschstücke in Verkehr bringt und die betreffenden Personen zur Meldung zu bringen.

§ Gefunden wurde im Garten eines Herrn Kulcayk, Posenerstraße, eine Brieftasche mit verschiedenen Dokumenten auf den Namen Oskar Thewas, Malermeister aus Bromberg. Die Tasche ist sicher durch einen Dieb in den Garten geworfen worden. Sie kann vom zweiten Polizeikommissariat abgeholt werden.

§ Verhaftet wurden zwei Diebe, ein Herumtreiber und eine gesuchte Person.

Bereine, Veranstaltungen u.

„Marim“. Am Sonnabend, den 22. Januar: „Große Firmen“. Prämiierung, viele Überraschungen, Tanz bis Morgenröten. Prämiierung der zierlichsten Damenfüßchen, Tanzroulette mit Prämienvorteilung. Anfang 10 Uhr.

„Jitzus Medrano“. Pater Karl. Sonnabend und Sonntag, am 4. und 8.15 Uhr: Große Benefizvorträge. Neuorganisierte Preise. Preise der Plätze wie gewöhnlich. Der „Jitzus“ ist gut besucht.

Im „Jitzus“ findet am Sonnabend ein Wurfessen und ein Benefizkonzert mit Tanz im großen Saal statt. Eintrittskarten können am „Jitzus“ in Empfang genommen werden.

§ Posen (Poznań), 20. Januar. Ein seit langem gesuchter Betrüger festgenommen. Seit drei Jahren bemerkt man in der Krankenkasse einen Mißbrauch mit Krankenschuldungen, die zur Abnahme von Krankengeldern berechneten. Man stellte fest, daß vielfach Geld für gesunde Personen abgehoben wurden. Schließlich kam man dem Betrüger, einem 22-jährigen Andreas Perz, auf die Spur, der sich aber trotz aller Nachforschungen zu verbergen wußte. Als er am Montag Geld in der Krankenkasse abheben wollte, wurde er erkannt und sofort festgenommen. — Dem Tode entronnen sind am Sonntag drei Mitglieder eines hiesigen Klubs, die mit ihrem Boot in einen Strudel gerieten, der das Boot wie eine Rutschbahn auf einen Brückenpfeiler warf. Das Boot zerbrach und die Insassen, die ins Wasser fielen, konnten nur mit Mühe dank ihrer Geistesgegenwart und Schwimmfertigkeit dem Tode entkommen.

§ Schroda (Sroda), 20. Januar. Tod einer 105-jährigen. Gestorben ist vor einigen Tagen im Alter von 105 Jahren Frau Katarzyna Redziora in Winnagora, Kreis Schroda. Sie wurde 1821 in Winnagora geboren und verbrachte dort ihr ganzes Leben. Von ihren Kindern lebte keines mehr; nur vier Enkel und eine Schwiegertochter im Alter von 78 Jahren leben noch.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

§ Warschau (Warszawa), 19. Januar. Begnadigte Verbrecher. Der 25-jährige Wladislaw Jachowski und der 20-jährige Alexander Stefanski vollführten am 17. Dezember vorigen Jahres einen Raubmord an dem Rückwanderer Sadowski im Walde bei Zyrardow. Das Warschauer Bezirksgericht hat die beiden Verbrecher zum Tode verurteilt. Der Staatspräsident hat das Urteil nicht bestätigt und Jachowski und Stefanski begnadigt.

§ Wilna, 20. Januar. Nach Meldungen aus dem hiesigen Eisenbahnbezirk haben die großen Schneefälle der letzten Tage den Eisenbahnverkehr stark behindert. Bei der Station Buntup blieb ein Personenzug sieben Stunden im Schnee stecken, bis eine andere Lokomotive Hilfe brachte.

§ Remberg (Rwów), 20. Januar. Eine der Cholera ähnliche Epidemie ist in Ostgalizien, einer Meldung des Expreß-Poranny zufolge, ausgebrochen. Es seien täglich 20—50 Todesfälle zu verzeichnen. Die bisher angewandten sanitären Vorbeugungsmaßnahmen hätten sich nicht als genügend erwiesen.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

§ Allenstein, 20. Januar. Wieder ein Wolf erlegt. Die Försterei Ulszanek (Oberförsterei Kaltenborn) erstattete die Meldung, daß ein Wolf getötet sei. Sofort wurde eine Treibjagd auf den lang Gesuchten veranstaltet, und der Wolf, der arg unter dem Aufwühl gehandelt hat, mußte seine Räuberjagd ausspannen. Der glückliche Schützling, dem der tödliche Treffer zugesprochen wurde, ist Förster Bornemann-Dmulef.

Polnisch-Oberschlesien.

§ Kattowitz (Katowice), 20. Januar. Unglück bei einer Filmaufnahme. Kürzlich stürzte während einer Filmaufnahme für einen wissenschaftlichen Propagandafilm über Oberschlesien im Wala Tal in den Besitz der Operateur Jan Wortembowicz samt dem Apparat aus acht Meter Höhe in das tiefe Wasser. Er wurde schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen.

W. Tegew. 15 Prozent ist die gewöhnliche Aufwertung, die man erhält, aber wir halten die Aufwertung für gering. Sie können mit Vorbehalt quittieren. „Hypothek“. Aufwertung etwa 25 Prozent = 926 Zloty, und die feinerzeit vereinbarten Zinsen (5 Prozent) von der aufgewerteten Summe.

§ M. Jeder Zuzug im Hause muß postfestlich gemeldet und vom Hausbesitzer auf Grund der polnischen Anmeldung ins Hausbuch eingetragen werden. Besuch ist kein Mieter. Sie können übrigens Ihrer Mieterin das Abmieten nur dann untersagen, wenn Sie für die abgemieteten Räume eine „übermäßig hohe“ Entschädigung genommen hat. — Wenn das Mieterbuch aufgehoben wird, weiß heute kein Mensch. Die Frage des Wasserzinses und der Kanalgebühren ist im Mieterbuch geregelt; wenn die Miete 75 Prozent der Grundmiete erreicht hat, kommen auf diese Gebühren für den Mieter in Pauschal. (Art. 7, 2 des Mieterbuchgesetzes.)

§ M. P. Nr. 1. Die Aufwertung beträgt immer 10 Prozent des Goldwerts. Den aufgewerteten Betrag können wir Ihnen nicht an geben, da wir nicht wissen, aus welchen Monaten der betr. Jahre die Forderungen kommen.

§ Nr. 2. 1. Sie hatten etwa 60 Prozent = 4158,80 Zloty zu fordern, erhalten haben Sie durch die Bezahlung der 9000 Mark in polnischer Währung am 15. 2. 1921 41,40 Zloty, folglich haben Sie noch etwa zu beanspruchen 4117,40 Zloty. Beantragen Sie bei Gericht Festsetzung der Aufwertung, da die 60 Prozent keine feste Ziffer ist, sondern nur gew.ermaken eine Norm. 2. Die Anfrage bezüglich der zweiten 9000 Mark ist uns nicht klar; wir wissen nicht, ob es sich hier um eine Restzahlung oder um eine Darlehenshypothek handelt, können also Auskunft nicht erteilen.

§ Nr. 3. 1. Sie können für jeden der Schuldscheine 10 Prozent = 37 Zloty zurückfordern. 2. Zinsen für die letzten vier Jahre, und zwar 5 Prozent von den 37 Zloty. Leider keine Goldzinsen. 3. Das Geld ist fällig nach ordnungsmäßiger Kündigung. 4. Nach der deutschen amtlichen Maßzahlen waren August 1918 10 Papiermark = 6,90 Goldmark, und 4,2 Goldmark sind gleich 1 Dollar.

§ Nr. 6. 2. 1. Die Berechnung der Komunalen Bank Kredittow erfolgt auf Grund einer Verordnung des Finanzministers vom 13. September 1924, die ihrerseits auf Grund des § 15 der Aufwertungsverordnung erlassen ist. Die Verordnung ist uns im Vorhinein bekannt. Innerer Ansicht nach ist da nichts zu machen. 2. Aufwertung 15 Prozent = 333,30 Zloty. Dazu die nicht verzinsten rückständigen Zinsen von dem umgerechneten Kapital. 3. Aufwertung 25 Prozent des Goldmarkbetrages = 92,62 Reichsmark. (Die 5000 Papiermark waren nämlich nur 370,30 Goldmark wert.) Über die Fälligkeit und Verzinsung des Kapitals entscheidet das Gericht nach billigem Ermessen.

§ Nr. 10. 6. S. Grandenz. 1. Da persönlicher Schuldner und eingetragener Eigentümer ein und dieselbe Person sind, können Sie etwa 60 Prozent = 2285,40 Zloty fordern. 2. Wenn der Schuldner Ihnen die Hypothek ordnungsmäßig kündigt, müssen Sie den Betrag annehmen.

§ Nr. 10. 1. Sie haben recht; die Hypothek bleibt immer Restzahlung, wenn auch der Besitzer derselben mehrfach wechselt. 2. Nach Zeitungsverordnungen sollte wohl eine höhere Aufwertung in Vorbereitung sein; weiteres darüber ist nicht bekanntgeworden. 3. Wahrscheinlich ist hier nicht der Notar, sondern die Parteien. Wenn eine Partei auf den Vorbehaltswert nicht verzichtet, so ist nur zweierlei möglich: entweder erklärt sich die Gegenpartei damit einverstanden oder die Vereinbarung scheitert.

§ Gustav Dr. in A. Wenn Sie sich in dem gemeinschaftlichen Testament gegenseitig als Erben eingesetzt haben, ist zum Schutze Ihrer Frau weiter nichts erforderlich.

§ Edmund S. hier. Da die Sparanlagen nach ihrem Vermögen aufwerten, müssen Sie sich um Auskunft direkt an die betreffende Sparkasse wenden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Organisation von Landwirtschaft und Industrie Westpolens.

Am 17. Januar fand, wie die „Kattowitzer Ztg.“ berichtet, in Kattowitz die Generalversammlung der Hauptorganisation von Industrie und Landwirtschaft Westpolens unter Vorsitz des Generaldirektors Williger statt. Zu der Versammlung erschienen 12 Delegierte aus dem Posener Gebiet. Unter anderen war auch Herr Dr. Bujes anwesend. Auf der Versammlung wurde das Statut der Organisation angenommen und die Präsidentenwahl vollzogen. Zum Präsidenten für Oberschlesien wurde Generaldirektor Williger gewählt, für Posen Herr Zygmuntski, zu Direktoren wurden gewählt Dr. Przynyski und Herr Dzadzynski.

Hierauf wurden die Mitgliederwahlen zum Aufsichtsrat vollzogen. Sieben Mitglieder wurden aus Posen, sieben aus Oberschlesien gewählt. Am 18. Januar soll die erste Sitzung des Aufsichtsrates stattfinden. Auf dieser Sitzung sollen die Richtlinien für die Tätigkeit der neuen Organisation beschlossen werden. Delegierte für Warschau gewählt werden, ein Reglement für den Aufsichtsrat aufgestellt und endlich die Pressefrage erörtert werden, namentlich die Frage einer eigenen Wirtschaftszeitung. Der neue Wirtschaftsblock vereinigt ungefähr 50 Prozent der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion Polens.

Die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol 1926 betrugen 242 800 000 Zloty, während im Haushaltsplan nur 238 380 000 Zloty vorgesehen waren. Außer diesem Plus von ca. 9 Millionen Zloty zahlte das Monopol den Selbstverwaltungsämtern die vollständige Kommunalsteuer und die Rückstände aus dem Jahre 1925, die ungefähr 10 Millionen Zloty betrugen. Die voraussichtlichen Einnahmen für 1927/28 werden mit 575 800 000 Zloty, die Ausgaben mit 241 Millionen Zloty veranschlagt, so daß der Reinertrag rund 334 Millionen Zloty betragen würde.

Die alpolnische Kohlenkonvention, deren vorzeitige Liquidierung wegen der Unstimmigkeiten zwischen dem Verband der Dombrowa- und Kattowitzer Kohlenindustrie, der Warschauer Kohlen- und Gütergesellschaft und der polnisch-französischen Bergwerksgesellschaft einerseits und der ostpreussischen Grubengesellschaften andererseits eigentlich schon zu Anfang dieses Jahres erfolgen sollte, ist in ihrem Fortbestande vorläufig bis zum 31. Januar gesichert. Diese Frist soll benutzt werden, um die oben genannten Gesellschaften bzw. Gruppen zu bewegen, ihre Austrittserklärungen zurückzunehmen und die schon früher mehrfach erwähnten Differenzen (in Sachen der Exportkontingente, der Beförderung der staatlichen Verwaltungen usw.) zu beseitigen. Man hofft, die Kohlenkonvention dann auch auf einen längeren Zeitraum abschließen zu können.



Allgem. Versicherungs-Gesellschaft
Tow. Akc. w Tczewie.

Vertragsgesellschaft

zahlreicher Organisationen von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe.

Auskunft und Vertreterbesuch durch die Direktion in Tczew (Dirschau), ul. Kopernika 9, die Geschäftsstelle Poznań, ul. Zwierzyniecka 13 und die Platzvertreter.

Feuer-Versicherung

auf wertbeständiger Grundlage.

Die antienglische Bewegung in China.

Hankau, 21. Januar. (P.M.) Hier sind 30 katholische Geistliche eingetroffen, darunter fünf Amerikaner, die aus Futschu geflohen waren. Diese Geistlichen erzählen, daß in allen Teilen der Provinz Futschu eine antienglische Bewegung herrscht. In Futschu demolierten und vernichteten Chinesen die christlichen Missionen sowie die Kirchen und die Waisenhäuser. 300 Waisen wurden aus dem spanischen Waisenhause entführt; bis jetzt wurden sie nicht wieder aufgefunden. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß sämtliche Waisen ermordet worden seien. Als sich die Missionare in Futschu auf dem Schiffe begeben wollten, um aus der Stadt zu entfliehen, wurden sie von Chinesen überfallen, die ihnen die Kleider vom Leibe rissen und sie empfindlich mißhandelten. Als das Schiff, auf dem sich die Flüchtlinge befanden, den Hafen von Amoi anließ, erschien eine empörte Menschenmenge am Ufer und versuchte, sich des Schiffes zu bemächtigen.

Wie die Londoner Morgenpost erzählt, erhielt der englische Bevollmächtigte in China D. Malley von der englischen Regierung die Vollmacht, der Kantonregierung gewisse Zugeständnisse zu machen. Danach könnten die englischen Konzessionen in Hankau in eine Ausländeransiedlung umgewandelt werden, wobei die Chinesen sowohl im Gemeinderat als auch auf verschiedenen Verwaltungsposten vertreten sein würden.

Der Ernst der Lage in China und die Tragweite der jüngsten Beschlüsse des englischen Kabinetts werden dadurch beleuchtet, daß, wie den „D. M.“ berichtet wird, die Regierung den Führer der Opposition Ramsay MacDonald nach Downing Street gerufen hat, um ihn über die Chinapolitik des Kabinetts zu informieren. Diese Maßnahme findet nur bei außerordentlich schwerwiegenden Beschlüssen statt und hat den Zweck, dem Kabinett die Unterstützung aller Parteien zu sichern. Daß die Regierung sich um die Zustimmung der Linken bemüht, gilt vielfach als ein Beweis dafür, daß sich Chamberlains besorgene Verhandlungspolitik vorerst gegenüber den Kanonenboot-Politikern durchgesetzt hat.

London, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Fremdenhaß in China zieht immer weitere Kreise. In dem Vertragshafen Amoy kam es zu Unruhen gegen die europäische Bevölkerung. Einige Spanier wurden getötet, weil sie in dem Verdacht stehen, chinesische Kinder in Futschu geflüchtet zu haben.

Marshall Tichanoffin antwortete auf die diesbezügliche Anfrage eines englischen Blattes, daß er den Bolschewismus in China bis zu seinem Ende bekämpfen wolle. Die Meldung von einer Zusammenarbeit mit den Kantonesen sei völlig unbegründet.

Im japanischen Parlament ist ein Misstruensantrag gegen die Regierung wegen ihrer Chinapolitik eingebracht worden.

Eine schwedische Stimme zur Abrüstungsfrage.

Das Stockholmer „Aftonbladet“ schreibt unter der Überschrift: „Das deutsche Volk wieder auf der Folterbank“:

Vom neutralen Gesichtspunkte mude die sich zurzeit in Paris abspielende Abrüstungskomödie als unwürdig an. Niemand hindere die Siegermächte daran, ihre Verteidigungsweisen zu heben. Es werde unbegrenzt gerüstet, ein Flottenplan werde nach dem anderen beschlossen und Millionenhaufen werden in England, in Amerika und Japan in Aufrüstung kommen. Der Vertrag von Washington über Beschränkung der Rüstung sei eher ein Ansporn zu neuen Aufrüstungen geworden. Deutschland allein könne nicht genug abrüsten. Die Selbstgefälligkeit der Entente begünne eine Form anzunehmen, die sich dem Lächerlichen und Grotesken nähere.

Churchill gegen das russische Gift.

Rom, 21. Januar. (P.M.) Minister Churchill empfing gestern Vertreter der Auslandspresse, denen gegenüber er nach allgemeinen Erklärungen über die italienisch-englischen Beziehungen zwei Tatsachen unterstrich, die nach seiner Ansicht besondere Beachtung verdienen.

Die eine ist der Kampf, der vom Faschismus mit dem Kommunismus und den umstürzlerischen Tendenzen geführt wird; diese Tatsache hat eine große Bedeutung für die ganze Welt. Zur Verteidigung der ganzen zivilisierten Welt habe Italien in Gestalt des Faschismus ein Gegenmittel gegen das russische Gift gefunden. Die Sozialistenführer in allen Ländern, die stets befürchten, daß sie von reaktionären Elementen überboten werden könnten, müßten aus dieser Tatsache Mut schöpfen im Kampfe gegen den Kommunismus, der mit dem Wohl der Arbeiter nichts gemein hat.

Das zweite wichtige Moment in der heutigen internationalen Politik ist, sagte Churchill, die Richtung der englischen Politik. Diese Politik ist klar und zielt darauf ab, daß England, Frankreich, Deutschland und Italien an der Wiedergeburt Europas und an der Heilung der Wunden zusammenarbeiten, die ihnen der Krieg geschlagen hat. Ein Antagonismus unter diesen Staaten könnte zur Vernichtung Europas und der ganzen europäischen Zivilisation führen. Und daher müßten diese Staaten sich gegenseitig Hilfe leisten, und loyale Freunde werden. Die Verträge von Locarno wenden sich nicht gegen die Interessen irgend eines Staates und stehen auch nicht im Widerspruch mit den Grundsätzen des Völkerbundes, im Gegenteil, sie erleichtern diesem seine Aufgabe.

Die Sprachenverordnung der polnischen Eisenbahndirektion.

Der von uns gestern mitgeteilte neue Sprachenverlaß der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig hat über die Grenzen Danzigs hinaus weitgehendes Aufsehen erregt. Nach der „Berliner Börsenzeitung“ sieht man in Berliner Kreisen in der Verordnung des polnischen Verkehrsministers einen Versuch der Polonisierung der Danziger Eisenbahner. Die polnische Regierung beruft sich auf eine Verordnung des Hohen Völkerbundkommissars vom Jahre 1921, die in dieser Beziehung vor allem die Forderungen des reisenden Publikums berücksichtigt. Doch auch in diesem Falle ist es, wie die erwähnten Kreise meinen, schwer anzunehmen, daß die Maschinenisten und Heizer mit dem reisenden Publikum irgend etwas zu tun haben. Und dann beherrschten sämtliche Reisenden die deutsche Sprache, so daß gar kein Bedarf vorliege, sich in polnischer Sprache zu verständigen. Das Blatt ist der Meinung, daß Danzig gegen die erwähnte Verordnung wahrscheinlich beim Hohen Völkerbundkommissar, Professor van Sarnel, Beschwerde einlegen werde.

Der Vorkant der Verordnung.

Alle Bediensteten, welche in Ausübung ihres Dienstes mit dem Publikum in Berührung kommen, insbesondere das

Zugbegleitpersonal und die Stationsbeamten, sowie die Bediensteten in der Fahrkartenausgabe haben bis 1. Januar 1928 solche Kenntnisse in der polnischen Sprache nachzuweisen, daß sie sich mit dem Publikum mündlich verständigen können. Von allen übrigen Bediensteten wird der Nachweis dieser Kenntnisse der polnischen Sprache vom 1. Juli 1928 ab verlangt werden.

Die Kenntnis der polnischen Schriftsprache, d. h. die Fähigkeit, sich in der polnischen Sprache auch schriftlich verständigen zu können, wird von dem Personal vom 1. Januar 1929 ab verlangt werden, und zwar nur von den Bediensteten des Bureauendienstes auf den Staatsbahndirektionen und Ämtern, ferner von den Bediensteten im Verkehrs-, Kassen- und Telegraphendienst, sowie von den Dienstvorstehern der Bahnhöfe und von den Fahrdienstleitern.

Nach Ablauf der angegebenen Frist sollen die Angestellten auf ihre Kenntnis der polnischen Sprache geprüft werden.

Die Forderungen der Danziger Polen.

Danzig, 21. Januar. (P.M.) Hier fand eine Versammlung der Delegierten der polnischen Berufsvereinigungen aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig statt, an der 111 Delegierte teilnahmen. Nach mehreren Referaten wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen, in denen sich die Vereinigung an die polnischen Firmen in Danzig wendet, polnische Arbeits- und Bureaukräfte zu beschäftigen. Eine weitere Resolution fordert von der polnischen Regierung, daß die Vermittlungsgeschäfte mit den Danziger Häfen für die polnische Handelsmarine einer speziell hierzu gebildeten polnischen Mollersfirma übertragen werden und daß bei der Be- und Entladung der polnischen Handelschiffe nur polnische Arbeiter Verwendung finden. Endlich wenden sich die Versammelten an den Hafenrat, daß er entsprechend der Entscheidung des Völkerbundes die größtmögliche Zahl polnischer Arbeiter beschäftige.

Eine weibliche Landesverteidigungsorganisation.

Warschau, 21. Januar. Dieser Tage fand im Konferenzsaal des Heeresministeriums unter dem Vorsitz des Marschalls Pilsudski eine Konferenz mit den Vertreterinnen des Komitees zur Heranbildung der Frauen für die Landesverteidigung statt. An der Konferenz nahmen 23 Vertreterinnen des Komitees teil, außerdem der Chef des Sanitätsdepartements des Heeresministeriums, Oberst Dr. Kuppert und der Bureauchef des Komitees der Landesverteidigung, Oberstleutnant Ulrich. Der Zweck der Konferenz war, den Marschall über den Charakter der Arbeiten des Komitees zu informieren, dessen Aufgabe es ist, die entsprechenden weiblichen Kräfte auf dem Gebiete der Hilfsdienstleistung in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht, in Kanzlei- und Verbindungsdienst heranzubilden. Der Marschall betonte die Wichtigkeit der Heranbildung von Frauen und gab seiner Genugtuung über die Arbeiten des Komitees Ausdruck.

Verhaftung von Kommunisten in der Thorner Garnison.

Von seinem Thorner Korrespondenten erhält der „Dziennik Bydgoski“ nachstehende sensationelle Meldung:

Die Militärbehörden verhafteten in Thorn drei Militärpersonen, die der Umsturzorganisation angehörten, welche unter dem Einfluß der in den Ostgebieten verhafteten wehrkräftigen Angehörigen standen. Alle drei Verhafteten sind Wehrtruppen. Im Zusammenhang damit wurden noch weitere 12 Soldaten festgenommen, die beschuldigt werden, in der Thorner Garnison zwei kommunistische Gruppen gebildet zu haben, an deren Spitze die Gemeinen Litwinczuk und Walak stehen. Sämtliche Verhafteten wurden nach dem Verhör nach Graudenz transportiert, wo man sie in das Militärgefängnis einliefern wird.

Weitere Verhaftungen in Kowno.

Kowno, 21. Januar. P.M. Illegale Proklamationen der Sozialdemokraten, die in Kowno und in der Provinz verbreitet wurden, hatten zur Folge, daß sämtliche Berufsverbände geschlossen wurden. Eine ganze Reihe von Kommunisten, die ebenfalls Flugblätter verteilt hatten, wurden verhaftet. In den kommunistischen Flugblättern wird die Schuld für den Umsturz auf die Sozialdemokraten abgewälzt und zum Austritt aus dieser Partei aufgerufen. Verhaftet und in das Konzentrationslager abgeführt wurden auch der Major Tomkus und Hauptmann Vimański. Dieser Vorfall wird in Litauen lebhaft kommentiert. Es soll sich herausgestellt haben, daß die faschistisch-monarchistische Gruppe mit Unterstützung der Rechten und der Christlichen Demokratie einen neuen Staatsstreich in Litauen vorbereitete, um eine Diktatur als Übergangsstadium zur Monarchie einzuführen. Die „Litwa“ dementiert die Gerüchte, als ob die Christliche Demokratie in diese Affäre verwickelt wäre, und fordert von der Regierung die Bestrafung aller derjenigen, die solche Gerüchte verbreiten.

Aus anderen Ländern.

Internationale Truppen in Shanghai.

Die internationale Niederlassung von Shanghai hat die Mächte erucht, eine sofort verfügbare Streitmacht von 4000 Mann (2000 Engländer, 1000 Japaner, 1000 Amerikaner) bereit zu halten als erste Maßnahme, um einen etwaigen Versuch, aus Shanghai ein zweites Hankau zu machen, zu verhindern. Die Meldung befaßt noch, nach Ansicht militärischer Sachverständiger würde zur Abwehr eines chinesischen Angriffs eine Streitmacht von 25 000 Mann mit voller Kriegsausrüstung notwendig sein. — Die 4000 Mann internationaler Truppen sind inzwischen gelandet.

Deutsches Reich.

Botshafter Satz

Ist von Berlin nach Japan abgereist, um Deutschland bei den Beischungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser von Japan zu vertreten.

Wer von den

Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für Februar oder Februar-März noch nicht bestellt hat, wolle das Abonnement heute noch bei dem zuständigen Postamt erneuern.

Der Stand der Grippeerkrankungen.

Das Grippebulletin des Völkerbundes.

Genf, 19. Januar. Die Hygienekommission des Völkerbundes veröffentlicht ihr drittes Sonderbulletin über den Stand der Grippe.

Das Reichsgesundheitsamt in Berlin stellte am 14. Januar fest, daß die Grippeerkrankungen in einzelnen Teilen Deutschlands seit dem 1. Januar zugenommen haben. Der Verlauf der Krankheit sei im allgemeinen gutartig.

Für Großbritannien teilte der Chefarzt des Hygienedienstes mit, daß die Zahl der Grippeodesfälle in London und in den Großstädten in England und Wales im Dezember niedrig und stationär geblieben ist. In der am 8. Januar zu Ende gegangenen Woche machte sich indes sowohl in London als auch in den anderen Großstädten eine plötzliche Zunahme der Todesfälle bemerkbar. In London waren die tödlichen Fälle von Lungenerkrankung in der am 1. Januar zu Ende gegangenen Woche etwas höher, als in den vorhergehenden vier Wochen, während die tödlichen Fälle von Bronchitis eine beträchtliche Steigerung aufwiesen. Die Zahl der Fälle von Lungenerkrankung erfuhr indes bis zum 1. Januar keine Steigerung und hat erst in den Wochen vom 4. bis 11. und 11. bis 18. Januar zugenommen. Im allgemeinen war die Zahl der Grippeodesfälle und die Zahl der gemeldeten Fälle von Lungenerkrankung in der am 8. Januar zu Ende gegangenen Woche leicht höher, als in den entsprechenden Perioden des Jahres 1925 und 1926.

Das spanische Sanitätsdepartement teilt in seinem telegraphischen Bericht vom 16. Januar mit, daß die Grippe in Barcelona und Bilbao und in den anderen Provinzen merklich abnehme. In den Provinzen San Sebastian, Valencia und Madrid ist die Zahl der Erkrankungen gleich geblieben. In der Provinz Madrid hat in der Woche vom 9. bis 16. Januar die allgemeine Sterblichkeit zugenommen, und die Fälle von Herzschlag und tödlich ausgehenden Lungenerkrankungen weisen die doppelte Höhe der normalen Zahl auf.

Aus den Vereinigten Staaten meldet der Direktor des Hygienedienstes der Bundesregierung vom 15. Januar, daß während der ersten Januarwoche in den Vereinigten Staaten 1644 Grippefälle und in der zweiten Januarwoche 1863 Fälle angezeigt wurden gegenüber 1000 und 1713 Fällen in den entsprechenden Wochen des Jahres 1926.

In den schweizerischen Städten wurden nach den vom Eidgenössischen Statistischen Amt gelieferten Angaben während der am 1. Januar zu Ende gegangenen Woche 80 Todesfälle gemeldet gegenüber 31 in der vorhergehenden Woche. Von diesen 80 Todesfällen entfielen 5 auf Zürich, 14 auf Basel, 30 auf Genf, 8 auf Bern, 3 auf Lausanne.

London, 19. Januar. Das Ministerium für Gesundheitswesen meldet: Während der am 15. Januar zu Ende gegangenen Woche starben in England und Wales 326 Personen an der Grippe gegen 172 in der Vorwoche.

Keine Grippeepidemie in Wien.

Wien, 19. Januar. Das Städtische Gesundheitsamt teilt mit, daß in Wien unter keinen Umständen von einer Grippeepidemie gesprochen werden könne. Im Januar sei bisher kein Todesfall an Grippe gemeldet worden.

In der Tschechoslowakei.

Prag, 19. Januar. Nach einer Mitteilung des Gesundheitsministeriums verläuft die Grippeepidemie in der tschechoslowakischen Republik gutartig. Nach einer Prager Korrespondenz sind bei einigen Truppenteilen in Schlesien zahlreiche Grippefälle aufgetreten, die jedoch ebenso wie bei der Zivilbevölkerung einen durchaus leichten Verlauf nehmen.

In Pommern.

Stettin, 19. Januar. Infolge der anhaltenden schlechten Witterung hat auch in Pommern die Zahl der an Grippe Erkrankten zugenommen. Bei allen Behörden fehlen wegen Grippeerkrankungen ein großer Teil der Beamten. Die Straßenbahndirektion gibt bekannt, daß sie wegen der großen Zahl der Erkrankten sich zu Verkehrsbeschränkungen gezwungen sehe. In den Schulen fehlen 30–40 Prozent der Kinder.

Keine Choleraepidemie in Polen.

Warschau, 19. Januar. Das Hauptgesundheitsamt teilt mit, daß die in der Presse verbreiteten Nachrichten über eine Choleraepidemie in Kleinpolen jeder Grundlage entbehren.

Kleine Rundschau.

* Großfeuer im Norden Berlins. In der Nacht zum 19. d. M. brach in dem UGS-Werk im Norden Berlins ein Großfeuer aus, das die Feuerwehr, die mit mehreren Löschzügen erschienen war, bis zum frühen Morgen mit neun Schlauchleitungen bekämpfen mußte. Die Montagehalle und das Prüflhaus der Großmaschinenfabrik sind völlig niedergebrannt. Eine große Anzahl von Maschinen und Einrichtungsgegenständen von bedeutendem Wert sind zerstört worden.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 20. Januar in Arlau + 0,96 (1,18), Zawichost + 2,47 (2,39), Warschau + 2,72 (2,86), Błot + 2,06 (2,20), Thorn + 2,88 (2,78), Jordan + 2,92 (2,70), Culm + 2,76 (2,40), Graudenz + 3,03 (2,66), Kurzbach + 3,23 (2,83), Montau + 2,05 (2,05), Biele + 2,73 (2,21), Dirschau + 2,60 (2,14), Einlage + 2,18 (2,14), Schiemenhorst + 2,38 (—) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Sanitätsleiter: G. Starke; verantwortlich für Politik: J. Kruse; für den wirtschaftlichen Teil: H. Wiese; für Stadt und Land und für den übrigen redaktionellen Inhalt: M. Dert; für Anzeigen und Belohnungen: C. Pragaodski; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H.; sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Die Scholle“

Das neuzeitige
Waschpulver

„IWONKA“

Sauerstoffhaltig

wäscht, bleicht die Wäsche selbständig und schont dieselbe.

Ohne Chlor.

Überall zu haben!

Ohne Chlor.

Mr. Will
ul. Poznańska 23, 11
Anfertigung eleganter
u. einfacher Damen-
u. Kindergarderobe
sowie aufstehender 107
Kostüme u. Mäntel
zu mäßigen Preisen.

Liquidationshalber
jehr billig abzugeben:
14 Mäntel, Anzüge
Dubis, Długa 19 11, 1115

Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. d. Mts.,
nachm. 3 Uhr vom Trauerhause Neu-Beelik, Oranien-
straße 9 (Brzozowa) aus statt.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. d. M., nachm. um 2½ Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Tortenplatten
Teeklötze
Gläsersteller
in unerreichter Aus-
wahl
empfiehlt
F. Kreski
Gdańska 7.

Das Deichamt der Culmer Stadtniederung
Dnasz, Deichhauptmann. 1795

**Die Angestellten des Schöpswerkes
der Gülmer Stadtniederung.**